

**Geheimt Agita-**  
 tionen mit Bestrafung  
 für Beamte und Richter.

**Abonnementpreis**  
 monatlich 50 Pf.  
 vierteljährlich 1.50 Mk.  
 halbjährlich 3.00 Mk.  
 jährlich 6.00 Mk.  
 Durch die Post bezogen  
 1.00 Mk. extra Postgebühr.

**Dr. Hans Wolff**  
 (Herausgeber)

**Verwaltung:**  
 Redaktion: Dr. 808  
 Expedition: Dr. 103  
 Telegramm-Nr.:  
 2013411 Halle/S.

# Wochenblatt

**Infektionsgebühr**  
 beträgt für die 6 gepulverte  
 Pflaster oder deren Raum  
 30 Pfennig.

**Die ansonstigen Ausgaben**  
 25 Pfennig.

**Im redaktionellen Teil**  
 kostet die Zeile 75 Pfennig.

**Insertate**  
 für die halbe Nummer  
 müssen frühestens bis vor-  
 mittags 10 Uhr in der  
 Expedition abgegeben  
 werden.

**Eingetragen in die**  
**Postzeitungsliste.**

## Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld,  
 Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.  
 Expedition: Part. 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. • Redaktion: Part. 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/2 Uhr mittags.

### Das Koalitionsrecht in Gefahr!

Am 4. April ist im Reichsjustizamt ein Strafgesetzbuchkommission zusammengetreten, die das jetzige Strafgesetzbuch einer Umarbeitung zu unterziehen hat. Als Grundlage dazu liegt dieser Kommission ein bereits im Jahre 1900 auf Anregung des Reichsjustizamts veröffentlichter Vorentwurf zu einem Deutschen Strafgesetzbuch nebst ausführlicher Begründung vor. Der Vorentwurf enthält erhebliche Straferhöhungen, die namentlich auch die organisierten Arbeiter treffen würden. Dies scheint jedoch gewissen Kreisen noch nicht zu genügen. Der Reichsanwalt von Bethmann Hollweg hat bereits von der Straferhöhung gegen Streikausträskungen gesprochen und der preussische Minister des Innern, Herr v. Dallwitz, hat sich mit Entschiedenheit für ein derartiges Vorgehen in den preussischen Herrenhäuser erklärt. Kein Wunder, daß unter solchen Umständen die Scharfmacher sofort bei der Hand sind, mit entprechendem Material zu dienen. Hat doch die Chemnitzer Handelskammer im Anschluß daran schon die Unternehmer aufgefordert, Material über den Zerrorismus der Arbeiter in Form von Broschüren, Zeitungsartikel einzusenden. Das Material soll natürlich mit als Unterlage für ein neues Strafbuchgesetzbuch benutzt werden. Ein Verbot des Streikpostens ist — namentlich vom schwarz-blauen Block — schon wiederholt gefordert worden. Durch entsprechende gesetzliche Bestimmungen hofft man zur Unterbindung, ja am liebsten zum Verbot des Koalitionsrechts zu gelangen. Damit möchten gewisse Draufgänger nun aber nicht bis zur Fertigstellung und Einführung eines neuen Strafgesetzbuchs warten, sondern von der Regierung jetzt verlangen, schon vorher ein durchgreifendes Gesetz gegen den sozialdemokratischen Zerrorismus, der Koalitionsrecht der Unternehmer nicht notwendig strafrechtlich einbringt.

Das zum Jahre 1900 ergriffene in dem zum Norddeutschen Bund gehörigen Staaten noch keine Konstitution erreicht. Erst die Gewerbeordnung vom 21. Juni 1900 schaffte hier Weisheit. Jetzt haben nun die Arbeiter das Koalitionsrecht, oder wenn sie es anwenden, müssen sie, wie der bekannte süddeutsche Professor v. Brentano in einer seiner Schriften erörtert, damit rechnen, bestraft zu werden. Und in welcher Weise da mitunter Bestrafungen erfolgen, haben wir kürzlich erst wieder in RdN bei dem Prozeß gegen den Gewerkschaftsangehörigen F. Böhm und Gen. gesehen. Seit dem Jahre 1900 haben sich in Deutschland nicht allein die Organisationen der Arbeiter, sondern auch die der Unternehmer ganz erheblich entwickelt, und so stehen sich bei Streiks und Ausperrungen meistens mächtige Organisationen gegenüber. Als Mittel zur Erlangung günstiger Arbeitsbedingungen sind Streik und Ausperrung ausdrücklich für zulässig erklärt worden. Sonstige Mittel, insbesondere Boykott, Sperre, Fernhaltung des Zugangs, Streikpostenbesetzung, Aufforderung zum Kontraktbruch, Zahlung von Streikunterstützung sowie Reisegeld und Entschädigung an Streikbrecher, schwarze Listen, Ausschluß vom Arbeitsnachweis sind gleichfalls mehrfach für zulässig erklärt worden, soweit sie nicht in ihrer Anwendung im Einzelfalle gegen allgemeine polizeiliche Anordnungen verstoßen.

Hier hat sich nun mit der Zeit gezeigt, daß das, was bei den Unternehmern erlaubt ist, bei den Arbeitern bestraft wird. Erinnert sei nur an die fortwährenden Bestrafungen wegen Streikpostenbesetzung auf Grund der Strafandrohungen der Gewerbeordnung, wonach den zur Erhaltung der Reinlichkeit, Sicherheit und Ruhe auf der Straße ergebenden Anordnungen der Polizeibeamten unbedingt Folge zu leisten ist. Auf Grund solcher Polizeiverordnungen, die die höchsten Gerichte meistens für rechtmäßig erklärt haben, verurteilt man das Streikpostenbesetzen illusorisch zu machen. Dabei gehen die Unternehmer mit den schwarzen Listen frei aus. Dasselbe zeigt sich bei den Schandenstrafen bei Anwendung des Boykotts. Auch hier werden die Arbeiter viel eher als die Unternehmer gefaßt. Und dabei soll nach Ansicht des Reichsanwalters das geltende Recht nicht einmal ausreichen im Kampf gegen die Straftaten und Ausperrungen. Deshalb, so behauptet er, der Reichsanwalt vom 10. Dezember 1910, werde zu prüfen sein, ob in der Richtung nachdrücklicheren Schutzes der persönlichen Freiheit und des persönlichen Bestimmungsrechts das Strafgesetzbuch Ergänzungen bedürfe.

Sehen wir uns nun einmal die jetzt gültigen Bestimmungen an. Zunächst kommt der § 153 der Gewerbeordnung in Betracht, welcher lautet: „Wer andere durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Schwerkriegung oder durch Veruntreuung bestimmt oder zu bestimmen versucht, an solchen Verabredungen (§ 152) teilzunehmen, oder ihnen Folge zu leisten, oder andere durch gleiche Mittel hindert, oder sie zu hindern versucht, von solchen Verabredungen zurückzutreten, wird mit Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft, sofern er nicht in einem allgemeinen Strafgesetzbuch eine härtere Strafe erlitten.“ Dieser Paragraph ist an und für sich schon sehr bedenklich und dann kommt ihm noch das allgemeine Strafgesetzbuch zu Hilfe. Hier haben die Gerichte bei Streiks und Lohnbewegungen organisierten Arbeitern gegenüber schon folgende Paragraphen des Strafgesetzbuchs angewandt: § 110, Widerstand gegen die

Staatsgewalt. (Strafmaß 600 Mark oder Gefängnis bis zu zwei Jahren.) § 123 bis 127, Ausreizensbruch, Landfriedensbruch. (Strafmaß: Geldstrafe bis zu 800 Mark, Gefängnis bis zu zwei Jahren und Zuchthaus bis zu zehn Jahren.) § 130, Aufreizung zu Gewalttätigkeiten. (Strafmaß: Geldstrafe bis zu 600 Mark oder Gefängnis bis zu zwei Jahren.) § 185 bis 187, Weidigung. (Strafmaß: Geldstrafe bis zu 1500 Mark oder Gefängnis bis zu zwei Jahren.) § 223 und 228, Körperverletzung. (Strafmaß: Geldstrafe bis zu 1000 Mark oder Gefängnis bis zu drei Jahren.) § 240 und 241, Mötigung und Verhöhnung. (Strafmaß: Geldstrafe bis zu 600 Mark oder Gefängnis bis zu einem Jahre.) § 253 und 254, Erpreßung. (Strafmaß: Gefängnis nicht unter einem Monat und Zuchthaus bis zu fünf Jahren.)

Der Vorentwurf zum neuen Strafgesetzbuch steht bei den vorstehend angeführten Paragraphen meistens Verschärfungen vor. Im die Unternehmer oder die Berufschaften von der „Gänge-Graben“ frei ausgehen zu lassen, findet sich § 9, bei den Paragraphen über die Körperverletzung und Weidigung am Schluß noch der Satz, daß in besonders schweren Fällen, von Strafengang abgesehen werden kann. Im entsprechenden härteren Bestimmungen herbeizuführen, braucht das Gericht nur einen „schweren Fall“ anzunehmen. Ein Beispiel leichter Fall liegt nach dem § 83 des Entwurfs vor, wenn die rechtswidrigen Folgen der Tat unbedeutend sind und der verbrecherische Wille des Täters nur gering und nach den Umständen unentschuldigbar erscheint, so daß die Anwendung der ordentlichen Strafe des Gesetzes eine unbillige Härte enthalten würde. Ein besonders schwerer Fall liegt vor, wenn die rechtswidrigen Folgen der Tat ungewöhnlich bedeutend sind und der verbrecherische Wille des Täters ungewöhnlich hart und verwerflich erscheint. So schon die Mündigkeit bezüglich des zukünftigen Strafrechts als.

In der Begründung des Entwurfs zum Strafgesetzbuch wird auf Seite 672 auch auf die Strafgesetzbuch zum Schutze der Arbeitswilligen der Ausführenden und Ausperrungen eingegangen. Es heißt da u. a.: „Es wünschenswert ist, gewisse Arten des von den Arbeitern und Arbeitgebern ausgehenden Boykotts, die eine schwere Schädigung des Gemeinwohls bedeuten und zu deren Bekämpfung die vorhandenen Gesetze keine ausreichende Handhabe bieten (?), strafrechtlich treffen zu können, so schwierig ist andererseits eine strafrechtliche Begriffsbestimmung und Abgrenzung der gemeinsamen Boykottfälle. Es müßte fernerhin dagegen getroffen werden, daß nicht auch andere, an sich nicht notwendig fittlich rechtlich unzulässige Anfechtungen unter die Strafanordnung fallen. Eine solche Abgrenzung ist kaum möglich. Der Entwurf stellt sich daher auf den Standpunkt, daß die strafrechtliche Regelung des Boykotts, gegen dessen wirtschaftliche, nachteilige Wirkungen die Vorkehrungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs über die Haftung aus unzulässigen Handlungen genügen den Rechtmäßigkeit gewähren, nicht in das allgemeine bürgerliche Strafrecht gehört, sondern eventuell in einem Spezialgesetz vorzunehmen ist. Dasselbe gilt für die Strafandrohungen zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverkehrs (§ 153 des Entwurfs). Auch die Regelung dieser Frage muß, wenn sie sich als notwendig erweist, der Sondergesetzgebung vorbehalten bleiben.“ — Na, vielleicht denkt man auf dem Wege der Sondergesetzgebung zu einem Ausnahmefalle zu gelangen.

Wie dieser Gelegenheit darf auch daran erinnert werden, daß dem Reichstage bereits am 29. März 1899 ein sogenanntes Arbeitswilligen-Gesetz vorgelegen ist. Dieses Gesetzeswert wurde bereits am 20. November 1899 im Reichstage eine glatte Ablehnung. Die Regierung hatte damals in ihrer Verteidigung der Vorlage eine unglückliche Hand. Auch Herr v. Liebering vom Reichsjustizamt hatte der Vorlage nicht gerade genügt, indem er über die paritätische Behandlung von Unternehmern und Arbeitern vor Gerichten meinte: „Die Vorlage ist formal gerichtet gegen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Sie wird in einigen Punkten, und zwar in einigen recht empfindlichen Punkten, auch die Arbeitgeber treffen. Aber ich gehe ohne weiteres zu, daß sie die Arbeitnehmer vorwiegend berührt, und daß es richtig ist, wenn das hohe Haus auch gerade von dem Standpunkt aus, ob die Vorlage der Arbeitnehmer entgegenübergerichtet ist, zur Prüfung des Inhalts sich anschickt.“ — Auch heute möchte man vorwiegend die Arbeiter treffen.

Interessant war auch, wie man hernach die Verantwortung für die Vorlage abgeben wollte. Während Herr v. Liebering betonte, die Einbringung sei im Namen des Reichsanwalters, nicht im Namen der verbündeten Regierungen erfolgt, erklärte Herr v. Kolbowski, der Referent habe einfach dasjenige Material gebracht, das die einzelnen Regierungen eingekandt hätten, die einzelnen Staatsregierungen trügen mithin die Verantwortung.

Zuletzt wird nun noch darüber getritten, ob das Weismannsche Programm gegen den Zerrorismus ein Selbstgesetz der Reichsanwaltschaft, ein Vorlag eines neuen allgemeinen Gesetzes sei. Bezweifelnd behaupten, daß der Kommission zur Vorbereitung des neuen Strafgesetzbuchs eine kritische Denkschrift über Ausarbeitungen bei Lohnkampfen zum Zwecke der Straferhöhung vorgelegen sei. Weiter verläutet, daß der Reichsjustizamt großen Einfluß geniesse, aber für eine Milde-

rung, als wie für eine Verschärfung der Strafen gegen Vergehen aus § 153 der Gewerbeordnung plädierte. Andererseits verläutet aber auch, daß es gerade Freuden sei, das im Bundesrat für Straferhöhung eintrete. Man mag das eine oder das andere auch nicht zutreffen, soweit ich aber doch fest, die Zahl derer, denen es nach Umständen geeignet gefiel, seine allzu kleine ist. Deshalb haben die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Pflicht, durch energische Agitation und fröhliche Mitarbeit dazu beizutragen, daß die Zusammenfassung des nächsten Reichstages eine solche wird, von der Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter eine glatte Ablehnung erfahren.

### Politische Uebersicht.

Halle a. S., den 3. Mai 1911.

#### Die Entrechtung der Krantenkassen.

Die geheimen Gründe.

Im Reichstage steht eine gewöhnliche bürgerliche Mehrheit zusammen, die bereit ist, dem Selbstverwaltungsgesetz der Arbeiter in den Krantenkassen den Hals zu brechen. Aber noch immer hat man nicht gehört, welche schwerwiegenden Gründe diese Reichstagsmehrheit veranlassen, dem Volk von seinen gering bemessenen öffentlichen Rechten wieder einen so intensiveren, die Selbstverwaltung zu schmälern und die Macht der staatsrechtlichen Bureaucratie zu vergrößern. Heber allgemeine Redensarten von sozialdemokratischem Zerrorismus und einem Puffstein von schredlichen Ausbrechungen (wie z. B. Stijung eines Kranes mit roter Scheife für einen verstorbenen Beamten und dergl.) ist man bisher noch nicht hinausgekommen. Auch am Dienstag hat Genosse Hoch als Redner der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage ganz vergebliche Versuche gemacht, Aufklärung über die Gründe zu erhalten, die die Mehrheit zu ihrem Verhalten bestimmt haben. Die Antwort war ein großes Schweigen und die kleine Verlegenheitsrede, darauf wollte man später zu sprechen kommen.

Die Mehrheit denkt, wenn man etwas tun will, braucht man um Gründe nicht weniger sein, die findet man nachher schon, wenn die Sache erledigt ist. Und darum handelt es sich bei Klassenmitgliedern, deren Rechte von der sozialdemokratischen Fraktion verteidigt werden, ungeachtet nach dem militärischen Grundgesetz: er haben sie die Strafe anzunehmen und da n dürfen sie sich beklagen. In der Presse, in Wählerversammlungen kann man ja später, um die Grundlosigkeit dieser Verschwörung nachzuweisen, die schönsten Gefährden über die sozialdemokratische Mißwirtschaft in den Krantenkassen erzählen, ohne daß der Kreis, an den man sich damit wendet, auch nur ein Wort der Widerlegung zu hören bekommt.

Hand anders liegen die Dinge im Reichstage. Wird das Material der Gegner dort zu Vortrag gebracht, kann haben die sozialdemokratischen Abgeordneten die Möglichkeit, es auf seine Stichtätigkeit zu untersuchen und gegebenenfalls zu widerlegen. Eine breitere Öffentlichkeit erfährt dann, was es mit dem sozialdemokratischen Zerrorismus in den Krantenkassen wirklich auf sich hat. Und darum ist man der Debatte möglichst aus dem Wege zu gehen und vertritt den sozialdemokratischen Redner, der die Gründe des Verhaltens der Mehrheit kennen zu lernen wünscht, auf irgend einen unbestimmten späteren Zeitpunkt.

Wie möchten einmal sehen, was passieren würde, wenn die sozialdemokratische Fraktion in irgend einer anderen Sache eine ähnliche Taktik einschlagen würde, wenn sie etwa gegen die Regierungsbekannt in der gleichen Weise verfahren würde, wie es jetzt gegenüber den Klassenverwaltungen geschieht. Welche Verächtlichkeit, Verleumdung, gewissenlose Verhetzung, solche und ähnliche Kennzeichnungen würden auf die Partei gleich einem Hagregen niederfallen. Wenn ein bürgerlicher Redner die sozialdemokratischen auffordern würde, ihr Anlagematerial vorzulegen, und sie würden sich weigern, es zu tun, welcher Sturm der Entrüstung würde sich gegen sie erheben? Wer wird die Macht, wie die Mehrheit hat, der darf es sich schon erlauben! Er kommandiert und befehligt, und wenn man ihn nach dem Warum fragt, antwortet er mit fittler Geheißenswort: „Später!“

Die Verlogenheit ist doch entsetzlich! Warum hat man denn nicht den Mund zu jagen: Weil wir die Sozialdemokratie hassen wie die Pest, weil wir jeden Sozialdemokraten persönlich jeden Schaden und Verfall bereiten wollen, dessen wir fähig sind, weil wir die Macht der Bureaucratie steigern wollen, darum sind wir Gegner der Selbstverwaltung. Es ist abscheulich, daß sich selbst die niedrige Mehrheit noch ein Mäntelchen von Billigkeit und Gerechtigkeit umhängen muß, und daß man auch hier einen schiefen Akt politischer Schamlosigkeit mit ein paar moralisch klingenden Lebensarten ohne fittlichen Untergrund zu verüben bemüht ist. So kommt man zu einem paroxysmalen Verfahren, das in seiner Methode noch schlimmer ist als das gewöhnliche Strafrecht. Man spricht der Selbstverwaltung der Krantenkassen das Urteil, ob man ihr auch nur die Anklage vorgehalten hat!

Die Durchpfeiffung. Der Zentrumsmagaziniere Müller-Kauda hat sich bisher ausgesprochen, daß die Reichsveränderung eigentlich Paragraph für Paragraph beraten werden müßte, jedoch hinzugefügt, daß dies lediglich seine eigene, private Ansicht sei. Gegen diese An-

Ich laufen gleichzeitige deutsche Tageszeitung und tägliche Rundfunk-Stunde. Die Verweise darauf, daß eine Durchbringung des Gesetzes vollkommen ausgeschlossen sei, sobald im Plenum alles das noch einmal „durchgelassen“ werden wollte, war in der Kommission über diese Sachen im einzelnen verhandelt wurde. Da außerdem feststeht, daß Konvention, Zentrum und Nationalliberale eine feste Mehrheit für das Gesetz stellen, hätte eine detaillierte Beratung auch gar keinen Zweck. Die Tageszeitung bemerkt sich als Zeugen an den verstorbenen Eugen Richter, der sich bei der Beratung des Volkstheaters auf den Standpunkt gestellt hat, daß man der Mehrheit das Recht zugeben müsse, den Verhandlungsmodus selbst zu bestimmen. Ein solcher Modus könne natürlich nur in einer summarischen Behandlung über die einzelnen Bücher gefunden werden.

Die Beratung auf Eugen Richter bezieht auf Recht. Es wird eine unaufrichtige Schande für den Freiheitlichen, daß er damals die Verewaltigung der Pinderheit durch die rechtsbrecherische Mehrheit forderte. Jetzt rächt sich diese rechtsbrecherische Haltung.

### Preussische Gemeindeform.

Das preussische Dreiklassenhaus hat sich Dienstag mit einer Beratung vom 10. d. d. über die in der Kommission vorliegende Beschlüsse, die die Rheinische Landgemeindeform durch „Reform“, das sie in die „geborenen“ Mitgliedern der Gemeindeformen auch noch die Vertreter der Groß- und Kleinkirchlichen und den zur Wahl berechtigten Frauen vorsetzt, sich gleich Unmündigen und Entmündigten vertreten zu lassen. Dem „Verenbau“ war sogar der Regierungsvorschlag schon zu radikal, daß die Gemeindeformer vor einer beschränkten Öffentlichkeit verhandeln sollten und es hat dies abgelehnt. Im Dreiklassenhaus wurde die Verschleierung (sowohl von den Seiten, wie aus dem Zentrum beklagt, während der Sonntagsversammlung) nicht erklärt, daß kein Scheitern nach keine Stellungnahme der Zentrumspartei zu bedeuten habe. Im übrigen richtete sich der Kampf des Zentrums in der Hauptsache dagegen, daß man die Privilegien des agrarischen Besitzes nun auch dem industriellen Besitz zuteil werden lassen wollte. Der sozialdemokratische Sprecher, Genosse Hirsch, ging dagegen prinzipiell gegen die ganze Privilegienwirtschaft los. Er wies nach, daß die „Reform“ den plutokratischen Charakter der rheinischen Gemeindeform nicht berührt und daß die Ablehnung der Öffentlichkeit der Verhandlungen eine Verhinderung der freien Durchsicht vor dem Volk ist, daß aber durch die herkömmliche Abweisung gegen das Licht der Öffentlichkeit allen möglichen dunklen Machenschaften Vorschub geleistet wird. Unser Redner begründete wirksam die Grundforderung einer jeden wirklichen Gemeindeform, die nach dem allgemeinen Gleichheit der Wahlrecht für Männer und Frauen, was aber auf die Mehrheit von Gnaden des Dreiklassenrechts natürlich ohne jede Wirkung bleiben mußte.

Mittwochs: Viehzuchtgesetz und Anträge.

### Das Verbot der Anfechtungspolitik.

Eine Korrespondenz, die die Aufgabe hat, die Interessen der deutschen „Dinarzopolitik“ zu vertreten, muß konstatieren, daß seit Mitte September 104 deutsche Güter und Bauernwirtschaften im Werte von 15 Millionen Mark von deutscher in polnische Hand übergegangen sind. Die Vergrößerung der Grundbesitzverhältnisse auf die Kreise Polen und Preußen. Von Mitte April 1911 bis Ende April 1911 sind nicht weniger als insgesamt 214 Güter in 36 Bezirken, mit einer Gesamtfläche von 90.000 Morgen im Werte von 33 Millionen Mark, aus deutschen in polnische Besitz übergegangen.

Trotzdem wird bei anderen Anlässen immer noch behauptet, daß die mit dem Gelde der preussischen Steuerzahler betriebene ungeheurer fortpolnische Dinarzopolitik Erfolge für das Deutschland aufzuweisen habe. Die angegebenen Zahlen beweisen das irrtümliche Gegenteil.

### 42 Millionen Liter Schnaps.

Dieses Quantum hat der sozialdemokratische Schnapsabsott in sechs Monaten den Junkern „zu Wasser gemacht“. Wenn

auch der Alkoholverbrauch zu Trinkweinen dieses Jahr etwas stärker ist als im Vorjahr, darüber täuschen sich die einseitigsten Kreise nicht mehr, die früheren Höhen wird er nicht wieder erreichen. Die im vergangenen Jahre noch nachwirkende Vorverfolgung ist jetzt ausgeglichen, die erste Hälfte des statistischen Spiritusjahres 1910-11 zeigt durchaus die normalen Verhältnisse. Und wir Arbeiter können leblich zufrieden damit sein, soweit unsere Wünsche nicht noch weiter gehen, und die völlige Vernichtung der Schnapsleibesgabe herbeiführen.

Nur die erste Hälfte des Jahres 1910-11, also Oktober bis mit März, stellt sich die Produktion, der Trinkverbrauch und der gewerbliche Konsum wie folgt:

Erstes Halbjahr	in Hektolitern		
	Erzeugung	Trinkverbrauch	gewerb. Verbrauch
1910/1911	2578416	1050062	695712
1909/1910	2713280	907453	995600
1908/1909	3213722	1313320	912019
1907/1908	2961689	1267286	881769

Vergleicht man die erste Hälfte des Jahres 1910-11 mit der des Jahres 1907-08 — damals bestand noch keine „Störung“ der Schnapsproduktion — so ergibt sich ein Rückgang in der Produktion von rund 415.000 Hektoliter reinem Alkohol. Wegen des Vorjahr sind es diesmal bis jetzt fast 470.000 Hektoliter weniger an Produktion. Der Trinkverbrauch hat von 1907-08 bis 1910-11 die Selbsten in Vergleich gesetzt — um 212.724 Hektoliter abgenommen. Wie bemerkt, daß der gewerbliche Schnaps noch keine fünfzig Prozent Alkohol enthält, so ergibt sich die tatsächliche Summe von rund zweieinhalbzig und einer halben Million Liter Schnaps, die in den sechs Monaten 1910-11 weniger in den Konsum übergegangen als in derselben Zeit des Jahres 1907-08. Sicher ein gewaltiger Fortschritt, der nicht zum wenigsten auf die Arbeit der Sozialdemokratie zu setzen ist. Und für die Schnapsinteressen ist es ein gründliches Schicksal. Wie wäre es mit einem Oden für alle die, welche im Jahre mitdeshen ein Hektoliter Schnaps trinken?

Für den denkenden Arbeiter sind die Zahlen wieder ein Ansporn, in der tatkräftigen Boykottierung des Schnaps nicht nachzulassen!

### Deutsches Reich.

— König Landrat vertritt alle Vereinsrechte! Der Landrat des Kreises Wittenhausen a. d. Wehra hat neuerdings die Polizeibeamten seines Kreises instruiert, daß seine politische Versammlung länger als bis 10 Uhr dauern „dürfe“. Eine größere Anzahl von Versammlungen wurde auch um 10 Uhr gewaltsam polizeilich geschlossen, auch solche, die erst um 12 Uhr beginnen konnten. — Erst vor kurzem wurde der Nachweis geführt, daß es ohne weiteres gegen das Vereinsgesetz verstoßt, politische Versammlungen unter der Bezeichnung über die Polizeistunde zu zwingen. Aber das hat nicht viel zu bedeuten.

Könnte die Halleische Polizei die Verordnung des Landrats nicht nachmachen?

— Die Zentralorganisation der Schwarzen. Die Germania teilt über die zu gründende Zentralorganisation für die deutsche Zentrumspartei folgende Einzelheiten mit: Ueber die Gründung hätten sich jetzt die Landesparteien schlichtig zu machen. In der Beratung des bayerischen Zentrumsausschusses sei prinzipiell beschlossen worden, einen solchen Zentralorganisation für die deutsche Zentrumspartei beizutreten. Dem bayerischen Zentrumsausschuss sei ein Entwurf der Satzung der deutschen Zentrumspartei vorgelegt, der nach Beratungen, meist reformator Natur, aufhebe. Das Statut habe die volle Selbstständigkeit der Landesparteien in ihren eigenen Landesangelegenheiten. Der zu schaffende Reichsausschuss solle paritätisch durch die Landesparteien gebildet werden. Die Landesorganisationen Preussens, Bayerns, Württembergs, Badens usw. würden numerisch in gleicher Stärke im Reichsausschuss vertreten sein.

— Biederste Weisheit. In Karlsruhe hat der Reichsverband general v. Liebert einen „politischen“ Vortrag gehalten, in dem er nach dem Biederste Landesboten sagte:

Die Sozialdemokratie werde befeitigt worden, wenn man das Sozialistengesetz im Jahre 1890 noch einmal auf zwölf Jahre verlängert hätte.

O abgünstige Weisheit! — Herr v. Liebert sprach dann weiter aus, daß der Reichsverband fortan auch „gegen jede Partei, die mit der Sozialdemokratie ein Bündnis oder ein Kartellabschließen“ agieren werde. Das war ein „Bündnis“ für die Sozialisten und die Nationalliberalen, die im Leben so schön im „Großklub“ der Sozialdemokratie taktischeln. Gegen diesen Vaterlandsverrat gibt der feindsige Reichsverband keinen Kardon.

— Betriebskrankenkassen und Versicherungsordnung. Der Aufsicht des Verbandes zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen nahm am letzten Sonntag in der Reichsversicherungsordnung in der Fassung der kommissionellen Beschluß Stellung. In einer Resolution wird gegen die Verschärfung der Betriebskrankenkassen und gegen die erschwerenden Voraussetzungen für ihre Zulassung „entschiedener Widerspruch“ erhoben. Die Betriebskrankenkassen hätten sich „auf alle Weise bemüht“, seien „besonders leistungsfähig“ und hätten große Vorzüge. Das gelte besonders auch von den kleinen Betriebskrankenkassen, die häufig noch weniger als große Krankenkassen „sofortlich unannehmbar“ sei die Festlegung, daß Betriebskrankenkassen nur zugelassen werden sollen wenn und solange sie die allgemeine Kreis- und Landkassenkasse nicht gefährden. Die Resolution verurteilt dann mit einem plumpen Anspiel die „geringere Leistungsfähigkeit einer Betriebskrankenkasse“ „zum guten Teil auf die Art zurückzuführen, wie sie verwaltet wird“.

Die Resolution schließt mit folgenden Sätzen: „Inanspruchnahme der Reichsversicherungsordnung zwar manche Fortschritte in der sozialen Fürsorge zuzugewinnen, aber den Erwerbenden, insbesondere der Industrie eine große Last auf, enthält vielerlei Beschränkungen und Einschränkungen und in dem Verhältnisse, die häufig noch weniger als große Krankenkassen „sofortlich unannehmbar“ werden die Betriebskrankenkassen wesentlich beschränkt, stark gekürzt und in eine für alle Zukunft unheilvolle Lage gebracht. Sollte in diesem Punkte nicht noch eine Änderung erzielt werden, die den ungeschwächerten Fortbestand der Betriebskrankenkassen sichert, so ist die gesamte Neuordnung der Reichsversicherungsordnung für den Verband unannehmbar.“

### Finnland.

Die Verfassung der Presse. Vor einiger Zeit verlangte der finnländische Diktator v. S. E. N. daß die Verlagsgesellschaften unteres Kammerforstverwaltendes Santeri Auerio eine „geeignete“ Person als verantwortlicher Redakteur bestimme. Dem kam die Verlagsgesellschaft natürlich nicht nach, da der Verlagsführer die Verantwortlichkeit vorstelt und dem Generalgouverneur nicht die Person eintrug, die Redakteur zu „genehmigen“. Nun ist der Verlagsführer von Kammerforst im Auftrage v. S. E. N. beim Rathsgenossenschaftstag abgewiesen. Er verlangt die gerichtliche Suspendierung des Blattes, da es keinen „verantwortlichen“ habe. Die Genossenschaft wies es auf die Entscheidung des Gerichts entkommen lassen. Mögen die finnischen Richter den Beweis erbringen, daß sie die Landesverwaltung auch dann zu verteidigen verstehen, wenn es sich um einen Verlagsführer gegenüber einem Sozialdemokraten handelt.

### Serbien.

Serbische Minister. Die Stupskina beriet am Montag über die Anträge, die von den Nationalisten gegen den früheren radikalen Minister des Innern Petrovic beantragt worden ist, weil er am 29. September 1907 die beiden Brüder Novakovic habe ermordet lassen. Petrovic begründete ausführlich, daß die Anwendung der Wasserfornel, die den Tod der beiden Novakovic herbeigeführt habe, vollkommen gesehentlich gewesen sei.

## Kleines Feuilleton.

### Elektrizität und Batterien.

Es ist begreifliches Bestreben, neue oder neu bekannt gewordene Erscheinungen zur Erklärung gebräuchlicher Vorgänge heranzuziehen. Als die Erscheinung der Radioaktivität entdeckt wurde, mußte sie behalten zur Beobachtung der mannigfachen Fragen, für die man noch keine Formel besaß. Oft verfährt man dabei mit Glück, und es hat sich — um bei den Batterien zu bleiben — mit Hilfe der radioaktiven Erscheinungen doch erklärt lassen, als man zuerst annehmen konnte. Als man nach mehr im Sinne der elektrischen Erscheinungen und der Batterienkunde stand als jetzt, mußten natürlich diese beiden Gebiete kombiniert werden. Es gab eine große Reihe von Versuchen angestellt worden, die Elektrizität auf Batterien wies und bezeichnete. Da sich Verste der Hauptfläche nach dieser Dinge annehmen, war es kein Wunder, daß die Versuche so ungewöhnlich angelegt wurden wie es nur möglich war, daß die wichtigsten Umstände außer Betracht gelassen und die Versuche mitunter mit einer Hastigkeit angestellt wurden, wie man sie nur bei billigen Laien vermuten kann. Je laienhafter jemanbes Anschauungen über Elektrizität und Batterien sind, desto mehr erachtet er natürlich von der Elektrizität in bezug auf die Batterien. Ein entsetzter Wähler würde sich von dem herein keine allzu große Hoffnungen gemacht haben. Und die Zeit hätte ihm recht gegeben. Versuche in dieser Richtung liegen massenhaft vor, meist unbrauchbar, aber auch gute. Diese guten haben die magere Erwartung unseres sachverständigen Wählers bestätigt. Hans Reichenbach hat einmal die Ergebnisse der Arbeiten zusammengetragen (Arbeiten aus dem Gebiete der experimentellen Elektrologie, 1908). Das Ergebnis läßt sich kurz etwa folgenmaßen darlegen:

Der elektrische Strom ist nur unter Aufnahme von Wärme oder durch Bildung antipositiver Zerlegungsprodukte innerhalb der bis jetzt angewendeten Stromarten imstande, Batterien zu versorgen, ob es sich um Elektrolyse und Wärmehaltung überhaupt er imstande ist, Batterien zu versorgen, ist sehr fraglich. Die Elektrizität verhält sich also anders als gewöhnlich bei der Elektrolyse — auch damit wieder die nahe Verwandtschaft beider Erscheinungen nahelegend. Auch das Licht kann nach bisherigen Erfahrungen nur indirekt, durch Bildung antipositiver Substanzen, Batterien versorgen, denn bei Abwesenheit von Wasser und Sauerstoff hat es jede batterientzende Kraft verloren. Weesbrooff fand, daß iporenhaltige Tetanuskulturen nur bei Gegenwart von Sauerstoff durch Licht getötet werden, Holz nach trockenem tuberkulösen Sputum nach Mätigkeit Wirkung noch leitfähig.

Elektrizität wird auch Substanzen, um auf Batterien wirken zu können, erst eine Umwandlung in Wärme oder chemische Kraft erfahren. Versuche müssen auch in der Richtung darauf durchgeführt werden, daß man die Erzeugung oder Zerlegung

des fremddurchfließenden Stromes ausnutzt. Das ist schwer, ebenso wie es schwer ist, auch nur eine einigermaßen gute Gleichförmigkeit der Erzeugung zu erreichen, weil die einzelnen Teile der Mischheit, in der man arbeitet, ungleich sind, weil die eingelagerten Teilchen und Batterien ungleichförmigkeiten erzeugen, weil durch die auftretenden Gasblasen Stromhindernisse eintreten usw.

Somit ist jedenfalls nicht, daß der Elektrizität in der bisher angewandten Form eine große praktische Bedeutung bei der Lösung von Batterien nicht zukommt. Wärme (sowohl wie Antipositivität) sind bisher in anderer Weise billiger zu beschaffen als durch den elektrischen Strom, und die durch die Magnetstrahlen gehen wie hier nicht auf elektrische Erscheinungen an; ihre Wirkung ist allerdings unbestreitbar und doch wertvoll.

### Der Kampf gegen die Transaktin in Australien.

Ueber den jetzt energigsten Kampf, den man in Australien gegen die Transaktin führt, berichtet Robert Schacher im Rahmen einer größeren Arbeit, die in den letzten Hefen der Internationalen Wochenchrift für Wissenschaft, Kunst und Technik veröffentlicht wird. Wie in England, so befindet in Australien und Neuseeland schon von jeher eine Transaktinstimmung gegen Transaktin. Aber erst die neue Zeit hat Geleise geschaffen, die das Hebel kraft angriffen; in ihnen wird die individuelle Freiheit gegenüber der Allgemeinheit des Staates der Familie und der Zukunft der Nation recht erheblich eingeschränkt. Und gerade in diesem Gebiet hat das wissenschaftlich recht einen weitausgehenden Einfluß geübt. Die erste wissenschaftliche Forderung gegen die Transaktin hat Deutschland 1893 und 1895 gegeben, während Neu-Seelands 1905 und Victoria 1906 folgten. In diesen Völkern ist ganz allgemein der Ausspruch üblich, daß die Transaktin ein Sonntag verbotener, außerdem wird ihr die einzelnen Wohlfahrter bei den allgemeinen Verordnungen maßlos über die polizeiliche Aufsicht, die Verabreichung oder den Fortbestand der Betriebsbetriebe abgelehnt. Zur Interessdrückung des Ausspruchs geistiger Getränke in den einzelnen Nachbarstaaten ist ein Komitee unter der Leitung der in der Welt abgeordneten, ein Komitee unter der Leitung der in Victoria 30 Prozent aller Wähler mindestens sich betätigt haben. Die absolute Mehrheit genügt, die Einschränkung der Zahl der Schandwirtschaften in die Wege zu setzen. Von 35 Schandwirtschaften ist bis jetzt nur in sechs jeder Alkoholverkauf verboten. In 14 ist die Verabreichung der Schandwirtschaften erreicht. Die ersten Abkündigungen in Victoria und Neu-Seelands haben zu einer erheblichen Verminderung der Schandwirtschaften, aber zu keinem Ausschluß derselben geführt. Freilich ist der Erfolg dieser Antialkoholbewegung bisher auch in Neu-Seeland das des alten Geistes hat, noch nicht sehr bemerkbar geworden; der Konsum von Bier ist vielmehr in den 10 Jahren von 1898 ab um 1,728, von Wein um 0,138, von Sifir um 0,018 Gallonen (4 1/2 Liter) pro Kopf der Weisen gestiegen. Die öffentliche Meinung ist zurückgegangen, aber der heimliche Alkohol hat sich behauptet. In England, auch vorgeschlagen worden, in den Bezirken, in denen jeder Alkoholverkauf verboten ist, auch den Gesamtstump zu verheben. Aber bis jetzt hat dieser Vorschlag keinen Erfolg gehabt. Der Versuch, auch Neu-

Seeland alkoholfrei zu machen, wird jedenfalls in nicht zu ferne Zeit im Parlament eine Majorität finden, da die Anzahl der Anhänger der Bewegung in ständigem Wachstum ist. Im Hinblick auf diese Bewegung ist auch die gegen Spanien und Italien wieder, und man wird den Erfolg dieser Bemühungen nicht beschleunigen, wenn man das Abhängigwerden Spaniens und Italiens von den Schandwirtschaften ganz von selbst abdrückt; nämlich durch Hebung des Bibliothekwesens und Veredelung des Sports und durch Schaffung guter Volksschulen glaubt man den Kampf gegen den Alkohol noch erfolgreicher führen zu können.

### Die Länge der Erbsenblätter.

Ueber dieses interessante Thema veröffentlicht Dr. Theodor Heber in der Zeit 14 der Natur, Zeitschrift der Deutschen Naturwissenschaftlichen Gesellschaft, die dem Naturforscher, dem wir folgenden kurzen Auszug entnehmen: Wenn in der Nacht vom wolkenlosen Himmel Leuchtende von funkelnden Sternen ihre Lichtigkeit zu uns herabziehen, wenn flimmernd ihre Strahlen durch die klare Luft strömen, dann besaß manchen Menschen ein erhabenes Staunen, der sonst der Natur fremd gegenübertritt; die stille Größe dieses Anblicks wirkt mächtig auf ihn als das wechsellöbige Getriebe der irdischen Welt, mag er nun im Selbstsinn aller Kulturvergesellschaften der Gegenwart sich erheben oder fern von allen irden oft zu ungeschicklichen Segnungen sein Leben führen. Natur und Naturforscher haben beide den mächtigen Eindruck des geheimnisvollen Firmaments gespürt, wenn auch in verschiedener Weise. Der eine erregt sich an dem glühenden Scheine der himmlischen Leucht, die wie Brillanten aus dunklen Sammet herabglänzen, der andere schaut mit ängstlicher Unabwieslichkeit Schenr empvor zu den geheimnisvollen Sternen der drohen, die dem Auge unerschütterliches Dunkel gefüllt scheint und in denen er darum geistliche Gewalten vermutet. Dem Dritten wagt auf einmaler Schritte, im Wäldchen, auf wogender See der Sterne milde Licht getren den Weg, ein anderer irrt den Pfad aus ihnen herauszuweisen, der aber keine Wäldchen in der Zukunft wohnen will. Eine ganze Wissenschaft hat es so an ihr Ende geführt, die freilich als eine Trug sich erweisen sollte. Aber aus ihren verfallenden Ruinen erhob sich freudig wahres Wissen, und wahrhaft Wäldchen schienen jetzt zu neuen Tausenden empvor zum Himmel zu rücken, um mit ihren Millionen, mit ihrer Kammer und mit ihrem Lichtgöttern in petrefakten Apparate immer tiefer in die Geheimnisse der drohen einzudringen, die anderen, um von dem Geheimnis geistige Fäden fortzusetzen, die in enger Verbindung fortführen zu den, was uns allen so teuer ist, zum Menschentum, zum Menschensein, demselben selbst — Ja, da drohen am helllichten Tage können wir in Klammern einer Wissenschaft geistliche Fäden sehen, nicht altologische Weisheit kann sie uns geben, nein, sie zeigt uns das Leben, die Entwidlung eines weit mächtigeren Wesens; anderer mühtigeren Erde älteste Gelfe — leben wir von ihren Wäldchen ab, Menschentum, leben wir da drohen Welten in allen möglichen Aufstufen, wie unter der Erde sie durchzieht und wie sie ihr in Zukunft noch bevorsteht.

Es ist auf feierliche Weise nicht selten verhängt worden. Man habe auch berechtigter Grund zu der Annahme, dass die von Marlan Kowalovic, ein unverfänglicher Gegner des neuen Regimes, durch eine Revolte in der Vergrößerung der Reichweite einer Anklage haben herbeiführen wollen. Petrovic schloß, er habe diese Befehle nur dem Präsidenten, nicht den Generalen gegeben. Die Ermordung der beiden Kowalovic habe er nicht gewünscht. Der Nationalist Ribarac vermied auf eine Entscheidung des Gerichts, die die Anwendung von Waffengewalt für ungesetzlich erklärt. Er liege nichts als ein gemeiner Mörder vor.

### Türkei.

#### Die Krise in der jungtürkischen Partei.

Redungen aus Konstantinopel zufolge wird das jungtürkische Komitee in Saloniki in seinem Gutachten, welches im Laufe dieser Woche veröffentlicht werden wird, jede Abänderung seines Programms ablehnen, so daß keiner der zehn Artikel, die von der Gruppe der Dissidenten vorgelegt worden sind, zur Annahme gelangen wird. Infolgedessen dürfte der bisher angenommene Bruch zwischen Jungtürken und Dissidenten neuerdings zutage treten und möglicherweise erstere Formen annehmen. Man glaubt, daß Kriegsminister Scheffer Pascha nur diesen Augenblick abwartet, um energisch einzugreifen. Der Hauptführer der Dissidenten Sabit hat Konstantinopel verlassen; hierdurch ist die bestirrete Ministerkrise abgewendet worden.

#### Die Kämpfe in Albanien.

Von Soplanac wird ein neuer blutiger Kampf gemeldet, dessen Ausgang noch unbekannt ist. Es kämpften dort 8000 Mann türkische Truppen gegen die Aufständischen. Bei Klavos haben türkische Soldaten zwei Dörfer verbrannt. Es gab mehrere Tote. Albanische Rebellen haben die Militärposten von Selogues und Gushigne, sowie zwei andere mit Bomben angegriffen. Nach den kochenden Kämpfen wurden Truppenüberführungen geschickt. Bei Skopraj haben neue Zusammenstöße mit ernstlichen Verlusten stattgefunden. Ein Lager, in dem zwei Bataillone kampierten, wurde mit Dynamit in die Luft gesprengt. Genaue Informationen sind wegen der Unterbrechung der Verbindungen unmöglich. — Türkische Truppen werden im Bilajet Shutari an allen strategisch wichtigen Punkten konzentriert, um wenn es nötig ist, nach der montenegrinischen Grenze dirigiert werden zu können.

### Mexiko.

#### Neue Kämpfe.

Obwohl offiziell der Waffenstillstand in Mexiko fort dauert, treffen aus allen Teilen des Landes Nachrichten über neue Unruhen ein, die, wie angenommen wird, ohne Wissen Maderos stattfinden. Die Provinzhauptstadt Durango wurde von den Insurgenten erobert. Die mexikanischen Bundesstruppen sind von den bedrohten Orten abgeschnitten, da die Rebellen die längste Stahlbrücke der Zentralbahn in der Nähe von Aguas Calientes gesprengt haben. 40 Kilometer von Cuernavaca haben die Insurgenten einen Eisenbahnzug angegriffen. Dabei wurde der ehemalige portugiesische Konsul in Mexiko sowie ein Japaner, zwei andere Passagiere und der Beige des Zuges getötet. Die Rebellen haben Torreon angegriffen und ein Geschütz in der Nähe von Matatlan geholt. — Der Friedenskommissar ist durch ein Telegramm des Präsidenten Diaz auf seinem Wege zum Insurgentenführer Madero zurückgerufen worden.

#### Die Friedensverhandlungen.

Die Aufständischen haben Franzisko Gomez, Franzisko Madero und Josef Suarez zu Friedenskommissaren ernannt. Ein Verlangen Teilnahme an den Regierungsgeschäften und Ernennung einiger Revolutionäre zu provisorischen Gouverneuren für die Zeit bis zur Wornahme der ordentlichen Wahlen.

In einer Petition, die von tausend Studenten unterschrieben ist, wird Diaz ersucht, abzutreten. Er verweigert jede Antwort. Dagegen weiß die New Yorker Zeitung Sun zu melden, daß Diaz und sein Finanzminister Vintano sofort nach Unterzeichnung des Friedensvertrages zurücktreten würden.

### China.

#### Der Aufruhr in Hongkong.

Paris, 3. Mai. New York Herald meldet aus Hongkong: Infolge der jüngsten Unruhen sind über 100 Aufwührer getötet worden. Augenblicklich herrscht „Ruhe“. Der Vizekönig sei Herr der Situation und empfiehlt der Be-

weiserung, sich nicht zu verhalten. In Canton sind zum Schutze der Europäer außer dem deutschen Kanonenboot „Jüdis“ zwei englische Kanonenboote, zwei englische Torpedoboote, desgleichen zwei amerikanische Kanonenboote und ein portugiesisches Kanonenboot eingesetzt.

## Aus der Partei.

#### Der Schupfennig-Wochenbeitrag.

Die Kreisgeneralsammlung des Wahlkreises III in Hainau Kroffen beschloß nach einem Referat des Kandidaten, Geseff Grauer-Ridtenberg, die Einführung eines Wochenbeitrages von 10 Pf. und eines solchen von 5 Pf. für die Frauen. Die Delegierten dieses rein ländlichen Wahlkreises beklagten, daß im ganzen Kreise eine lebhafte Kampfstimmung vorhanden sei.

#### Gemeindevahltag.

Der Gemeinderat in Poitzberg bei Delitzsch behält seine sozialdemokratische Mehrheit. Am Sonntag fanden die Erspäts wahlen zum Gemeinderat statt, der länger als drei Monate beschlußunfähig war, nachdem die fünf sozialdemokratischen Gemeinderatsmitglieder auf Beschluß einer Einwohnerversammlung ihre Mandate niedergelegt hatten. Die fünf Sozialdemokraten wurden wiedergewählt und damit ist die sozialdemokratische Mehrheit wieder hergestellt.

## Gewerkschaftliches.

#### Der Holzarbeiterverband im Jahre 1910.

Der Vorstand des Holzarbeiterverbandes veröffentlichte soeben der Jahresabstufung für 1910, aus der sich ergibt, daß der benannte Verband auch im Vorjahre wieder einen gewaltigen Schritt vorwärts getan hat. Der Verband zählte am Jahres schluß 165 042 Mitglieder, davon waren 5040 weibliche und 613 jugendliche. Das ist gegen das Vorjahr ein mehr von 10 085 männlichen, 1866 weiblichen und 444 jugendlichen Mitgliedern. An Neuzugängen waren 49 771 zu verzeichnen. Da die wirtliche Mitgliederzunahme nur 13 215 beträgt, sind 36 556 Mitglieder durch Austritt, Todesfall oder Streikung dem Verbands wieder verloren gegangen. Diese Zahlen beweisen zwar, daß die Attraktivität der Mitglieder herab sinkt, die Zahl derer, die den Verband nur als Durchgangstation benutzen, ist aber immer noch recht groß. Der Holzarbeiterverband ist ein Industrieverband, er umfaßt 20 Berufe und hat 169 000 Mitglieder.

Die Kassenverhältnisse des Verbandes haben gleichfalls eine erfreuliche Verbesserung erfahren. Das Vermögen der Hauptkasse stieg im Berichtsjahre von 1 977 235 auf 2 917 132 RM, also um 939 896 RM, dazu die Beiträge der Gau- und Lokalstellen, ergibt ein Gesamtvermögen von 4 696 117 RM. Die Gesamteinnahmen und Ausgaben balanzieren in der Jahresrechnung mit 9 341 550 RM. Von den Einnahmen sind zu erwähnen: 3 993 008 RM Mitgliederbeiträge, 75 082 RM Zinsen und Kapitalzinsen und 593 379 RM Ortsbeiträge. Die Ausgaben des Arbeitgeberverbandes der Holzindustrie zu Anfang vorigen Jahres, durch die die Holzarbeiter verlangt wurden, dem Kampfsfonds größere Mittel zuzuführen, hat also eine günstige Wirkung ausgeübt und der Verbandslasse ein größeres Plus gebracht. Der Rest der Mehreinnahme dürfte auf Konto der seit Juli 1910 durchgeführten Beitragserhöhung zu setzen sein. Von den Ausgaben sind aufzuführen:

Reiseunterstützung	104 359
Arbeitslosenunterstützung	685 999
Krankheitsunterstützung	579 814
Gewahrgelittenenunterstützung	39 383
Unterstützung in Sterbefällen	51 782

Diese Beträge bewegen sich ungefähr in der gleichen Höhe wie im Vorjahre. Eine Ausnahme macht nur die Streikunterstützung, die im Berichtsjahre 995 336 RM, also nahezu eine Million erforderte. Das ist gegen das Vorjahr ein Mehr von 331 186 RM. Reichlich brachte das Jahr 1910 dem Holzarbeitersverbande auch mehr Lebverwendungen als eines der Vorjahre. Wurden doch 1174 Lebverwendungen mit 106 011 Mitgliedern durchgeführt, und zwar waren 338 Angriffsstreiks, 126 Abwehrstreiks, 40 Auspöcherungen, 608 Angriffe ohne Streiks und 62 Abwechungen ohne Streiks zu zählen. Als Erfolg dieser Bewegungen ist zu verzeichnen für 51 161 Personen eine durchschnittliche Arbeitszeitverlängerung von 1,7 Stunden pro Woche und für 87 396 Personen eine durchschnittliche Lohnserhöhung von 1,84 RM pro Woche. Das in Mitgliederbeiträgen

aufgebrachte „Kapital“ hat also den Holzarbeitern reichliche Zinsen getragen.

#### Neue Differenzen auf den Sechshilfsverlethen.

Die Situation auf den Hamburger Sechshilfsverlethen zeigt sich wieder so, als im Vorjahre der große Kampf auf den deutschen Sechshilfsverlethen beendet wurde, nämlich die Werksarbeiter an, daß die Werksbetriebe ihren gegebenen Versprechungen auch nachkommen würden. Nach den getroffenen Abmachungen sollten die betreffenden Einstellungslöhne festgesetzt und um zwei Pfennig pro Stunde aufgehoben werden. Die Werksbetriebe gaben das später so aus, daß die 107 betanenden Einstellungslöhne hierfür die Grundlage bilden sollten. Dieser herzigkeit in den Streifen der Arbeiter begründliche Erzeugung und sie verlangten — wie das auch gar nicht anders ausfallen ist — daß die zur Zeit des Ausbruchs des Kampfes bestehenden Einstellungslöhne bei der Berechnung in Rechnung gestellt werden sollten.

Wegen der Affordpreise war bei den zentralen Verhandlungen bestimmt worden, daß diese vereinbart und demnach festgelegt werden sollten, daß dabei „entsprechend über den Stundenlohn verdient werden kann“. Aber anstatt, daß die Werksbetriebe die Affordpreise den Vereinbarungen gemäß erhöhten, wurde in vielen Fällen eine erhebliche Kürzung der Affordpreise vorgenommen. Auch wegen der Besetzung für die Nachfristigen ergaben sich Differenzen. Die Arbeiter der Hamburger Werksbetriebe verlangten nach Beendigung des Kampfes den Zutritt einer Verhandlungskommission, um über eine Reihe weiterer Streitpunkte eine Verständigung zu suchen. Während für die anderen Werksbetriebe eine solche Kommission von den Unternehmern ohne weiteres anerkannt wurde, verweigerte man sie für Hamburg.

Erit nachdem sich die Situation außerst kritisch gestaltet und die Organisationsvertreter erklärten, jede Verantwortung für die Folgen ablehnen zu müssen, wenn die Werksbetriebe bei ihrer Ablehnung verharren würden, brauchten sich die Unternehmern endlich dazu, der Bildung der Kommission zuzustimmen.

Die Verhandlungen der Hamburger Ortskommission sind nun aber vollständig ergebnislos verlaufen. Die Unternehmern haben sich hinter allerlei Ausreden verjüngt.

Die von den Arbeitervertretern gewünschte Höhe der Einstellungslöhne haben die Werksbetriebe rund abgelehnt und die Affordpreise als angemessen bezeichnet. Auch alle anderen Wünsche der Arbeiter sind unzureichend geblieben. In zwei stark behafteten Verhandlungen der Werksbetriebe aller Branchen erläuterten die Vertreter der Ortskommission die Gründe, nach einer teilweise erteilten Debatte fand eine Resolution Annahme, in der von den ergebnislosen Verhandlungen Kenntnis genommen und die Organisationsleistungen aufgefördert werden, eventuell erforderliche Maßnahmen ergriffen werden, um die Situation gefährlich. Teilweise wurde in den Verhandlungen entschieden verlangt, sofort weitere Maßnahmen zu ergreifen.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

## Wer an Blutarmut, Schwäche, Schlaflosigkeit, Appetitmangel leidet,

dem seien nachstehende Mitteilungen zur Beachtung empfohlen: „Durch die herrlichen Erfolge an meiner beschiedenen Tochter und an einer fränkischen schwachen Scholgin bin ich ein warmer Werber für Ihren kammheider Stabblutarmut geworden.“ — „Ich bin 1½ Jahr sehr krank gewesen. Ich konnte nicht essen, nicht schlafen, hatte Schmerzen im Rücken, Stuhlschwäche, Kopfschmerzen, große Verunsicherung, große Blutarmut und Schlaflosigkeit in den Gelenken; ich habe nie gedacht, daß ich jemals wieder gesund werden würde. Und doch, wie schnell ist meine Gesundheit wieder.“ — „Ich hatte fürchterliches Kratzen in allen Gliedern, nervöse, schlaflose Nächte und große nervöse Kräfte und Durstgefühle. Mithinmung und Verdauungslosigkeit brachten mich so weit, daß ich die Luft am Leben verlor. Nach Verbrauch dieses köstlichen kammheider Stabblutarmut ist es anders geworden; mein Appetit ist gut, die Schmerzen haben nachgelassen, ich gebe gefahrlos, mache leichte Sportarbeit und schlafe ausgereicht.“ Bitte, nehmen Sie Platz in unsern kammheider Stabblutarmut, das die Luft am Leben verleiht.“ — Ausführliche Mitteilungen über Arznei- und Anwendungsgeliebte und Bezug des Wahrens folgenlos durch: kammheider Stabblutarmut in Düsseldorf O. 153.

Besonders preiswerte

# Herren-Artikel.

**Farbige Oberhemden** 2<sup>75</sup>  
in neuesten Streifen und Farben  
Stück 4.25 3.50 M.

**Weisse Oberhemden** 3<sup>25</sup>  
mit weissem Piqué-Einsatz  
Stück 5.50 5.00 M.

**Herren-Westen** 2<sup>50</sup>  
einfarbig und gemustert  
Stück 6.50 4.50 3.50 M.

**Westen-Gürtel** 90  
neueste Fassons, hell u. dunkel  
Stück 3.10 2.00 1.60 1.30 1.10 Pf.

**Herren-Sport-Hemden** 3<sup>75</sup>  
mit losen Kragen  
Stück 3.90 M.

**Herren-Hüte** 2<sup>25</sup>  
farbige weiche Formen  
Stück 4.25 3.25 2.50 M.

**Herren-Hüte** 2<sup>35</sup>  
schwarze steife Fassons  
Stück 5.25 4.50 3.65 3.25 M.

**Herren-Mützen** 1<sup>05</sup>  
englische Fassons  
Stück 2.65 1.85 1.60 M.

**Herren-Stroh-Hüte** 95  
neueste schicke Fassons  
Stück 5.50 3.25 2.35 1.50 1.15 Pf.

**Echte Panama-Hüte** 6<sup>00</sup>  
in den neuesten Formen  
Stück 9.50 7.50 M.

**Farbige Garnituren** 63  
in aparten Streifen  
Garnitur 1.70 1.50 1.15 1.05 85 72 Pf.

**Herren-Kragen** 38  
Schicke modern. Fassons, 4½ bis  
8 cm hoch, Steck. 65 55 50 45 42 Pf.

**Hosenträger** 45  
Prima Qualitäten  
Paar 2.25 1.85 1.10 96 70 55 Pf.

**Herren-Krawatten** 25  
in modernster Ausmusterung  
Stück 1.70 1.25 90 75 45 Pf.

**Herren-Handschuhe** 38  
in Stoff und Leder  
Paar 2.50 2.00 1.50 1.15 85 60 Pf.

**Herren-Regenschirme** 2<sup>00</sup>  
in Zanella, Halb- und Rein-Seide  
Stück 8.50 6.75 4.50 3.75 M.

Geschäftshaus

# J. LEWIN

Halle a. S.

Marktplatz 2 und 3.

Immer grösserer  
Beliebtheit erfreuen  
sich unsere  
**Edeka-  
Parkungen.**

Verlangen Sie unsere  
vorzüglichen

**Kaffees**

zu  
**70 80 90**

Pfg. je 1/2 Pfund-Paket.

**Einkaufs-Verein der  
Kolonialwarenhändler**

E. G. m. b. H., Halle a. S.  
Unsere Mitglieder sind  
kenntlich an unserem  
Firmenschild.

**Friedrich Fiedler,  
Kohlen-Handlung**

Seppelstraße 41,  
(Nähe Stadtbeater)  
Telephon 3248, Telephon 3248,  
liefert erfr. Waren zu billigsten  
Tagespreisen.

**Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Halle a. S.**

Bureau: Harz 42/43, II. — Geschäftszeit von 11—1 Uhr vorm. u. 6—7 Uhr nachm. — Tel. Nr. 2766.

Sonntabend, den 6. Mai, abends 7/9 Uhr, findet im „Volkspar“ eine

**Ausserordentliche General-Versammlung**

statt.

**Tagesordnung:**

1. Die sich notwendig machende Anstellung eines befristeten Hilfskassierers für den Distrikt Ammendorf und eventl. Wahl desselben.

2. Stellungnahme zur Volkspar-Angelegenheit.

3. Verbands-Angelegenheiten und Berichtwesens.

Kollegen und Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden, unter allen Umständen zu erscheinen. **Keine Mitgliedsbuch kein Zutritt!** Einem zahlreichen Besuch sieht entgegen

Die Ortsverwaltung.

**Gerbstedt.**

Sonntag d. 7. Mai nachm. 3 Uhr im neuerbauten Gartenfestal „Zur Insel Helgoland“:

**Große öffentliche Volks-Versammlung.**

Referent: Dr. Bernstein-Berlin.

Hierzu werden alle über 18 Jahre alten Personen eingeladen. Eintritt 10 Pfg.

**Arbeiter-Radfahrer-Verein  
Halle a. S. und Umgegend.**

(Mitglied des Bundes „Solidarität“.)  
Unsere diesjährige

**:: Gau-Ausfahrt ::**

findet zu Pfingsten nach Zeit statt.

Mitglieder, welche sich daran beteiligen wollen und Nach-  
quartier wünschen, mögen sich bis zum 15. Mai mündlich oder  
schriftlich beim Vorsitzenden G. Seeger, Seppelstraße 7 III, oder  
beim Kassierer Peter Mahlbauer, Seppelstraße 25, melden. Auch  
liegt eine Karte beim Bundesgenossen Kutschbach, Gr. Klaus-  
straße 11, zum Einsenden aus.

**Versammlungen** finden jeden Freitag vor dem 1. bei  
Seeger, vor dem 15. im „Volkspar“  
statt. Neuanmeldungen werden in jeder Versammlung, sowie bei  
den oben genannten Vorstandmitgliedern jederzeit entgegengenommen.  
Der Vorstand.

**Kopfläuse,**

Wanzen, Flöhe vertilgt  
„**Diamantwasser**“  
Bahnhofs-Apothete, am Bahnhof

**Pantoffelmachern**

empfiehlt: Pflaich, Cord,  
Fischer- und Schlenkeritz  
**J. Noah, Gr. Klausstr. 7.**

# Kinder-Wagen!

**Kinder - Wagen**

Korb - Geflecht,  
neueste Muster und  
Fassons, Stoff- u. Leder-  
Tuch-Ausschlag, abneh-  
mbar, Vordeck, vernickelte  
Sturmstange, mit und  
ohne starke Gummiräder  
und Porzellangriff  
**zu bekannten  
Original - Preisen.**

**Klapp-  
Fahrstühle .:**

Verstellbare Rückenlehne,  
Schuttbrett, verstellbarer  
Fussstrich, mit und ohne  
starke Gummiräder  
24.50 **5** 14.00  
19.50 **5** 9.50

mit verstellbarem **395**  
Sommerzelt mehr.



Die Besichtigung unserer  
**Wagen-Ausstellung**  
ist für jeden lohnend und von grösstem Interesse  
Man prüfe Preise und Qualitäten.  
Kein Kaufzwang.

**Kasten - Wagen**

Ledertuch-Ausschlag, ab-  
nehmbares Vordeck, ver-  
nickelte Sturmstange,  
starke Gummiräder,  
Porzellan-Griff, mit und  
ohne Fussbremse und  
Kleiderschützer

75<sup>00</sup> bis **28**<sup>50</sup>

**Sport - Wagen**

in allen Ausführungen,  
Fabrikate erster Häuser

**zu bekannten  
Original - Preisen.**

**Sitz- und Liege-  
Wagen**

verstellbare Sturmstange,  
mit und ohne Gummir-  
räder und Porzellangriff

48<sup>00</sup> bis **29**<sup>50</sup>

# Leopold Nussbaum

## Jedem Arbeiter

sei die loben im Verlage der **Volksbuch-  
handlung, Halle**, erschienene Broschüre vom  
Arbeitersekretär **Friedrich Kieck** empfohlen:

## Die Sozialpolitik der Sozialdemokratie.

Gerade über die Sozialpolitik der Sozialdemokratie herrscht  
noch in den weiten Kreisen der Arbeiterwelt Unklarheit.  
Da bei den nächsten Wahlen des Reichstages von der  
Freiheitlichkeit der Sozialdemokratie der Sozialergebung  
gegenüber jedenfalls reichlich l'opolitort wird, ist es not-  
wendig, daß sich jeder Arbeiter über dieses Gebiet orientiert.

Die wertvolle Schrift kostet nur **25 Pfennige.**

Untenstehenden Bestellföhen bitten ausgefüllt an den Aus-  
träger abzuliefern, der die Broschüre schnellstens besorgt.

**Bestellföhen**

auf 1 Exemplar  
**Die Sozialpolitik der Sozialdemokratie**  
von F. Kieck, zum Preise von **25 Pfg.**

Name \_\_\_\_\_

Ort \_\_\_\_\_ Straße Nr. \_\_\_\_\_

## Radewell, Osendorf.

Einer geehrten Einwohnerschaft von Radewell, Osendorf und  
Umgegend zur Nachricht, daß ich am Donnerstag den 4. Mai ein

## Milch-Geschäft

verbunden mit **Butter- und Eier-Handlung**  
eröffne. Es wird mein Bestreben sein, meine Kundschaft aufs beste  
mit guter Ware zu bedienen.

Um gütigen Zuspruch bitte  
hochachtungsvoll  
**Josef Grosse, Radewell, Talstrasse 4 a.**

**:: Bürsten, Besen, Pinsel, :: Oskar Hönicke,  
Markt Taschen, Markt netze, Wascheleinen Nikolaistrasse 4.**

**Zeichenkästen**  
für die Schule.  
**C. F. Ritter** G. m.  
b. H.  
Leipzigstrasse 90.

**Billigste Bezugsquelle  
für  
neue Möbel.**

Wie bekannt, erhalten  
Sie bei mir die billigste

**Wohnungs - Einrichtung**

von 150—5000 Mk.  
in nur guter Ausführung.

**Einzelmöbel**

in allen Holz- und Stülarten.

**Friedrich Peileke,  
Möbelmagazin.**

Gegründet 1883.  
Telephon 2450, Geisstrasse 25.  
Eigene Tischlerei  
u. Polsterwerkstätte im Hause.

## Würmer

nebt **Brut** befeuchten die ab-  
führenden **„Wurms-Tabletten“**.  
Schachtel 33 Pfg. Allein echt:  
**Bahnhofs-Apothete, am Bahnhof.**

Befehlet mit hortenädigem

**Hautausschlag**

haben sich nach St. Auer's Patent-  
Medizinale-Tabletten D. H. B. ein  
wollt reines Glicht. Ich gebrauchte  
3/4 Seite seitdem. D. H. B.  
a St. 50 Pfg. (15/100 ml) u. 1.50 Pfg.  
(3/100 ml, Hälfte Form). Dazu  
Zucker-Creme (nicht fettend  
und mild) 75 Pfg. und 2 Pfg. In  
sämtlichen Apotheken, Drogerien  
und Parfümerie erhältlich.

**Lichtbäder**  
radium,  
Sauerstoff,  
Kohlensäure sowie Dampf-  
und alle anderen Bäder.  
Sauerstoffmischungen für  
alle Katarhe, Asthma usw.  
**Albrecht's Naturheilkunst.**  
Frieden-  
strasse 26,  
Tel. 2698.

**Frische Knickeler**

billig.  
Spezial-Eier-Gross-Geschäft,  
7 Talantstrasse 7.

## Möbel-Fabrik

der  
**Vereinigt. Tischlermeister,**

Kl. Salmstrasse 6,  
empfiehlt ihre Fabrikate zu  
festen und soliden Preisen.

**2 Viktoria-Fahrräder**

ger. art. spottbillig zu verkaufen  
Rich. Wagnerstr. 18 pt.

**Kakao**, eigenes  
Fabrikat,  
von 90 Pfg. pr. Pfd bis Nr. 2.50  
empfiehlt

Carl Boesch, Breitestr. u. Markt-  
platz, im Turm.

**Stickeringe**

zum Anschrauben, G. m.  
**C. F. Ritter** b. H.  
Leipzigstrasse 90.



Für Hausbedarf und Wäsche  
ist **Eifenbein-Seife** mit  
„Elefant“ überall beliebt.

In fast jedem Kolonial-  
waren-, Seifen- u. Drogen-  
geschäft zu haben.

Gefunde, goldrichtige, hochfeine **Trink-Eier**, Qualität und Größe wie zum Osterfest! **75 und 90 Pfg. mit 5% Rabatt.** Ware, mit welcher Sie nicht zufrieden sein sollten, nehme sofort ohne weiteres zurück.

30 empfindliche beinobers **la. Schlackwurst 80** | **Servelatwurst 70** | **Salami 70** | **Mettwurst 50** | **Knackwurst 43** | **A. Knäusel.**

Für die Inserate verantwortlich: Rob. Z. i. n. e. r. — Druck der Halle'sch. Genossenschafts-Druck. (E. G. m. b. H.) — Verleger: born. Aug. Groh, jetzt A. Z. ä h n i g. — Sämtl. i. Halle a. E.



den Hilfslosen herausgestellt hätten, da das Recht der Aufschubbehörde zur Kontrolle sich nur darauf erstreckt, ob die Hilfslosen die gesetzlichen Vorschriften beachten, dagegen könne bei Gründung neuer Hilfsstellen nicht kontrolliert werden, ob die Gründung auf schwindelhafter Grundlage beruhe. Deswegen sollen sie dem Aufsichtsrat für Privatversicherung unterstellt werden.

Abg. Trimbom (Centr.) stellt sich auf den Boden des Entwurfs, wünscht aber seine Verweisung an eine Kommission. Hierauf wird ein Verlagsantrag angenommen.

Vizepräsident Schulz schlägt als Tagesordnung vor: Entscheidung über die Beschwerde des Abg. Severing gegen den ihm am 4. April erteilten Erbschaftsteuerbescheid der heutigen Beratung und Revision.

Abg. Severing (Soz.) zur Geschäftsordnung: Meine Ausführungen über die Parnerwerbsteuer wegen der Forderung am 4. April richteten sich nicht gegen das Reichsmarineministerium. Gegen den Staatssekretär des Marineamts konnte ich den Vorwurf der verlogenen Darstellung schon um desswillen nicht richten, da mir bekannt war, daß der Staatssekretär durch die Verhandlungen in der Budgetkommission und im Reichstage über den tatsächlichen Verlauf der Abträge der Heizerzulagen unterrichtet sein mußte.

Vizepräsident Schulz: Wäre am 4. April eine so einschneidende Erklärung abgegeben worden, so hätte ein Antrag in einem Ordnungsrufe nicht vorzulegen.

Abg. Severing (Soz.): Nach dieser Erklärung des Vizepräsidenten ziehe ich meine Beschwerde gegen den Ordnungsruf zurück.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr.  
Schluß 6 Uhr.

## Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 3. Mai 1911

### Aus dem Stadtparlament.

#### Interessenspolitiker.

Die bürgerlichen Stadtdenkmäler betreffen gewöhnlich nur Geldinteressen. Kommen solche nicht in Frage, dann sind sie die friedlichsten Leute, dann lassen sie den Magistrat ganz wirtschaften, wie er will, was ihre Hilflosigkeit so oft bewiesen haben. Jumeilen legen sie aber auch in Dingen, die nichts mit lindernder Mütze zu tun haben, einen scharfen Klaffenstimm in den Tag. So z. B. im Hinblick auf den geistlichen Stadtdenkmälerverfallung der Vorhänge dem vorhergehenden Ehrenbürger Herzfeld einen Anlauf, bei dem er die Stadtdenkmäler ausserhalb sich zu Ehren des Vorhanges von den Säulen zu erheben, was auch gescheit. Bei der Mitteilung vom Tod des Oberpolizeiposters Wedemann aber wurde nicht zum Erheben von den Säulen aufgefordert, vielmehr nur beschlossen, der Familie das Beileid auszusprechen. Die Stadtväter wissen sehr gut Unterschiede zwischen irdischen und einzelnen Angehörigen zu machen. Und doch war Wedemann immer noch ein Angestellter, der sich enorme Verdienste in die Erhaltung und den Schutz des Festes und anderer heiliger Güter der Nationen erwarben hat. Das soll ihm jetzt aber alles nichts: Er war eben nicht der Angehörige der herrschenden Klasse, sondern nur ein irdischer Arbeiter, und für die erbebt man sich nicht aus dem Gefühl.

Einen lebhaften neuen Interessenskampf lösten die Stadtväter Kleinbürgerlicher Couleur aber auch um die Frage der Errichtung eines Cafés-Restaurants im Roten Turm. Dieser kleinlich geführte Streit nahm einen ähnlichen Verlauf, wie jener um die Errichtung einer städtischen Südbühne vor einigen Wochen. Wieder sagten einige Stadtväter gerade, daß der Magistrat mit dieser Einrichtung den steuerzahlenden Gewerbetreibenden, in diesem Falle den Gastwirten, Konkurrenz machen wolle, was nicht zu billigen sei. Diesem Einwand trat nach dem Bürgermeister auch noch der Oberbürgermeister entgegen, wobei er rief und rief sagte: Es treten gegenwärtig wie ich heute schon wieder zeigen, in allen parlamentarischen Körperlichkeiten die Sonderinteressen — Gott sei's gegnagt — immer härter hervor und drängen das Allgemeininteresse in den Hintergrund. Jedoch diese und noch andere scharfe Worte verhielten diesmal nichts, der Magistrat mußte die Ablehnung der Vorlage einleiten, wie er vor drei Wochen die Errichtung der Südbühne gegen die Interessenspolitiker nicht durchdringen konnte.

Aber er sollte bald eine würdige Genugtuung erhalten, bei der die Stadtdenkmäler beweisen, daß sie für ideale Momente für die Wahrung ihrer Rechte und die Wahrung ihrer eigenen Bestände absolut sein Gemüthen haben. Solche Dinge sind den Interessenspolitikern einfach Luft. Der Magistrat hat bekanntlich den Stadtdenkmälerbescheid, in eine zu bildende Theaterdeputation zwei Magistratsmitglieder und fünf Stadtdenkmäler zu entsenden, abgelehnt. Jetzt ist die Stadtdenkmäler-Versammlung umgewandelt. Sie nahm eine neue Vorlage des Magistrats, drei Magistratsräthen und vier Stadtdenkmäler in die Deputation zu schicken, ebenfalls an, wobei sie ihren eigenen früheren Beschluß preisgab und wortlos auf ihr Recht in der Deputation, in die außerdem noch zwei Bürger gewählt werden, sich die Mehrheit zu sichern, verzichtete.

In ihrer gegenwärtigen Glorie zeigten sich aber die Sonderinteressen-Vorteile bei der Behandlung der Steinseherpetition, die sich gegen die Unterlegung der Schachmacher durch die Behörden wendet. Ein kleiner Formfehler genügte der Gesellschaft, um diese Beschwerde hinterzudeckeln abzuwürgen. Es teilte nämlich der Referent Döcker nur einfach mit, daß unter der Petition die Unterschrift fehlte und daß deshalb der Ausschuss beschließen habe, gar nicht in die Verhandlung über sie einzutreten. Der Vorbesitzer Höring meinte, solche kleine Formfehler hätten bisher nicht davon abgehalten, Petitionen zu erheben. Man wisse ja doch auch, wo diese Petition herkomme. Aber es wurde die Versammlung betrogen, ob sie in Behandlung der Beschwerde eintreten sollte. Stadtvater Emmer schloß sich der Ansicht des Vorbesizers an und verurteilte die Versammlung, die Beratung der Petition doch an der Kleinigkeit nicht scheitern zu lassen, sondern sie endlich einmal zu erledigen. Aber was geschah? Geschlossen stimmten die bürgerlichen Stadtdenkmäler gegen die Eröffnung der Beratung. Sie wollen nichts hören von Arbeiterbeschwerden. Und nun noch gar Beschwerden von Streikenden und Ausgepörrten! Wieder mit ihnen, wenn's nur irgend angeht!

Mit diesem schäblichen Mißlingen war die vorgelagerte Tagesordnung erledigt, doch folgte noch etwas, was zu einer klaren Demonstration der geklammerten Pressefreiheit führte (der 1. Mai ist eben ein sehr kritisches Datum). Nach der Erledigung der vorgelagerten acht Tagesordnungspunkte beschloß die Stadtdenkmäler, noch weitere acht Punkte zu erledigen, die so an eine Wandtafel geschrieben waren, daß die Stellungsberechtigten sie ablesen nicht lesen konnten. Da nun die Rede meist nicht sehr laut gesprochen und noch dazu beim Sprechen dem sehr unangenehmen Plag der Pressefreiheit den Rücken kehren mußten, eine sachgemäße Berichterstattung deshalb nur möglich ist, wenn man die Vorlagen oder wenigstens ihren Inhalt kennt, beschloß die Pressefreiheit sämtlicher heutiger Blätter, über die weiteren ihnen unveränderten Verhandlungen dieser Sitzung die Berichterstattung einzustellen. Sie verließen gemeinsam den Sitzungssaal, was am 1. Mai eine immerhin recht angenehme Erscheinung war.

Am Laufe der Sitzung waren noch über folgende Punkte debattiert worden:

Die Errichtung eines heiligen Bürgers, welcher nicht genannt werden will, in Höhe von 20 000 M., zur Förderung der Zwecke der städtischen Museen, insbesondere zur Errichtung eines Gemäldegalerie-Gebäudes, wurde angenommen beschloßen.

Der Oberbürgermeister teilte dazu noch mit, daß weitere 10 000 M. von einem anderen Bürger gespendet worden seien. Der Betrag zur Errichtung einer Gemäldegalerie sei damit auf 170 000 M. angewachsen, die Errichtung der Galerie also sehr in die Nähe gerückt. Der Magistrat glaube, bald einen geeigneten Platz finden und dann eine Vorlage einbringen zu können.

Die Verlegung des Schulgartens nach dem Galgenberge wurde genehmigt und der Betrag von 27 300 M. bewilligt zur Ausführung der notwendigen Anlagen. Den Schulgartensbesitzern wird am 1. Oktober schenkt werden, damit am 1. Januar des nächsten Jahres mit der Verlegung begonnen werden kann.

Mit dem Arbeitsplatz für den Verein für Volkswohl beim Tietz auf der Dehne-straße soll die gemäß Gesetz vom 29. Juni 1907 zu errichtende Wanderversicherungsanstalt verbunden werden. Die Kosten für die baulichen Anlagen betragen für den Verein für Volkswohl 8000 M., für die Wanderversicherungsanstalt 10 500 M. Der Verein für Volkswohl hat sich verpflichtet, der Stadtgemeinde die Anwendungen mit 4 Prozent zu verzinsen und mit 2 Prozent zu amortisieren. Die restlichen Kosten werden von der Stadtverwaltung in der Gesamtheit des Wanderversicherungsanstalt zu zwei Dritteln erstattet. Die Vorlage wurde genehmigt und der Kostenbetrag bewilligt.

Weiter wurde zur Schaffung eines Kinderplatzes im Süden unserer Stadt der Kauf des zwischen Vedenauer- und Wittenberg-straße liegenden Grundstückes Nr. 10, pro Quadratmeter beschloßen. Ein Stadtdenkmäler forderte dabei die Errichtung eines Kinderplatzes auch für die Südwiesen, etwa in unmittelbarer Nähe der Wohnviertel am Wöllberger Weg.

Aus der geschlossenen Sitzung ist zu berichten: Einen Antrag des Magistrats, zu dem bereits zu einem Neubau der Sparkasse angekauften Grundstücken Rathausstraße 5 und Kleine Steinstraße 8 noch das Vordermeister Ködewitz'sche Gebäude gehörige Grundstück Rathausstraße 6 für den Preis von 81 000 M. zum Verkauf zu stellen, hat die Stadtdenkmäler abgelehnt. Das Grundstück ist 30 Quadratmeter groß, es kommen somit 175 Mark auf ein Quadratmeter, ein bis jetzt in dieser Gegend noch nicht erzielter Preis.

Eine Petition des Hausmanns Greber vom Paul Niedeckert, um anderweitige Beschäftigung im Röhrichtendienst, wird dem Magistrat zur Berücksichtigung empfohlen. Greber vertritt diesen Posten nahezu 11 Jahre und hat sehr aktivistisch, da es auf Differenzen zwischen ihm und dem Inspektor Winter (bekannt durch sein altes hohes militärisches Aussehen in der Anstalt) gekommen war. Würde seine Bitte berücksichtigt werden, gehen ihm seine gegenwärtigen Rechte verloren.

#### Vom „berühmten“ Erfolg.

Wie rühmlichst auch die Aufsicht verläßt, konnte man aus einer gestern vor dem höchsten Kriegsgericht stattgefundenen Verhandlung entnehmen, zu der der hiesigen Anwalt Ritter Walter von Ehring als Angeklagter erschienen war. Weshalb der junge Mann, der bei dem Infanterie-Regiment in Altenburg dient, angeklagt war, erwähnen wir bei dem Beginn der Verhandlung nicht, da der Ankläger, der unsern Lesern bekannte Kriegsgerichtsrat Senff, vor der Vernehmung des Verteidigers, des Anklägers, den Ausschluß der Öffentlichkeit beantragte. Senffs Intention war kein Zweifel, den Ausschluß der Öffentlichkeit rechtserzwingen zu wollen. Es hieß da: Die Öffentlichkeit — ausweiden nur nur der Bericht-erhaltene des Volksstaats — wird während der ganzen Dauer der Verhandlung ausgeschlossen, da Dinge zur Sprache kämen, die dazu führen könnten, das berechtigte Gefühl des Angeklagten und seiner Familie anzugreifen. Und dies, hieß es dann weiter, könne nicht der Zweck der Verhandlung sein. Die nicht befriedigt glückliche gewählte Ausschlußbeurteilung enthält einen verdeckten Angriff auf die Presse, und auf welche Presse, das brauchen wir nicht näher anzudeuten. Auch wir begreifen sehr wohl, daß die Veröffentlichung von Gerichtsverhandlungen beteiligten Personen schwere Unannehmlichkeiten, Schamer und Sorge bereiten können und glauben bei der Veröffentlichung der Verhandlung der Namen den notwendigen Takt zu beachten. Wissen wir doch zu genau, daß die Veröffentlichung einer Verhandlung den Angeklagten zweifeln viel härter trifft, als die vom Gericht verhängte Strafe. Was uns aber zum Protest herausfordert, das ist der Umstand, daß man in gewissen Kreisen glaubt, das berechtigte oder besondere Gefühl allein für sich in Anspruch nehmen zu können. Das berechtigte Gefühl sollte man jedem Menschen, dem „Gemeinen“ ja gut wie dem „Heinrich“ erträumen. Was unferne Mitbürger betrifft, die sich bei der Veröffentlichung von Gerichtsverhandlungen beteiligten Personen schwere Unannehmlichkeiten, Schamer und Sorge bereiten können und glauben bei der Veröffentlichung der Verhandlung der Namen den notwendigen Takt zu beachten. Wissen wir doch zu genau, daß die Veröffentlichung einer Verhandlung den Angeklagten zweifeln viel härter trifft, als die vom Gericht verhängte Strafe. Was uns aber zum Protest herausfordert, das ist der Umstand, daß man in gewissen Kreisen glaubt, das berechtigte oder besondere Gefühl allein für sich in Anspruch nehmen zu können. Das berechtigte Gefühl sollte man jedem Menschen, dem „Gemeinen“ ja gut wie dem „Heinrich“ erträumen. Was unferne Mitbürger betrifft, die sich bei der Veröffentlichung von Gerichtsverhandlungen beteiligten Personen schwere Unannehmlichkeiten, Schamer und Sorge bereiten können und glauben bei der Veröffentlichung der Verhandlung der Namen den notwendigen Takt zu beachten. Wissen wir doch zu genau, daß die Veröffentlichung einer Verhandlung den Angeklagten zweifeln viel härter trifft, als die vom Gericht verhängte Strafe. Was uns aber zum Protest herausfordert, das ist der Umstand, daß man in gewissen Kreisen glaubt, das berechtigte oder besondere Gefühl allein für sich in Anspruch nehmen zu können. Das berechtigte Gefühl sollte man jedem Menschen, dem „Gemeinen“ ja gut wie dem „Heinrich“ erträumen. Was unferne Mitbürger betrifft, die sich bei der Veröffentlichung von Gerichtsverhandlungen beteiligten Personen schwere Unannehmlichkeiten, Schamer und Sorge bereiten können und glauben bei der Veröffentlichung der Verhandlung der Namen den notwendigen Takt zu beachten. Wissen wir doch zu genau, daß die Veröffentlichung einer Verhandlung den Angeklagten zweifeln viel härter trifft, als die vom Gericht verhängte Strafe. Was uns aber zum Protest herausfordert, das ist der Umstand, daß man in gewissen Kreisen glaubt, das berechtigte oder besondere Gefühl allein für sich in Anspruch nehmen zu können. Das berechtigte Gefühl sollte man jedem Menschen, dem „Gemeinen“ ja gut wie dem „Heinrich“ erträumen. Was unferne Mitbürger betrifft, die sich bei der Veröffentlichung von Gerichtsverhandlungen beteiligten Personen schwere Unannehmlichkeiten, Schamer und Sorge bereiten können und glauben bei der Veröffentlichung der Verhandlung der Namen den notwendigen Takt zu beachten. Wissen wir doch zu genau, daß die Veröffentlichung einer Verhandlung den Angeklagten zweifeln viel härter trifft, als die vom Gericht verhängte Strafe. Was uns aber zum Protest herausfordert, das ist der Umstand, daß man in gewissen Kreisen glaubt, das berechtigte oder besondere Gefühl allein für sich in Anspruch nehmen zu können. Das berechtigte Gefühl sollte man jedem Menschen, dem „Gemeinen“ ja gut wie dem „Heinrich“ erträumen. Was unferne Mitbürger betrifft, die sich bei der Veröffentlichung von Gerichtsverhandlungen beteiligten Personen schwere Unannehmlichkeiten, Schamer und Sorge bereiten können und glauben bei der Veröffentlichung der Verhandlung der Namen den notwendigen Takt zu beachten. Wissen wir doch zu genau, daß die Veröffentlichung einer Verhandlung den Angeklagten zweifeln viel härter trifft, als die vom Gericht verhängte Strafe. Was uns aber zum Protest herausfordert, das ist der Umstand, daß man in gewissen Kreisen glaubt, das berechtigte oder besondere Gefühl allein für sich in Anspruch nehmen zu können. Das berechtigte Gefühl sollte man jedem Menschen, dem „Gemeinen“ ja gut wie dem „Heinrich“ erträumen. Was unferne Mitbürger betrifft, die sich bei der Veröffentlichung von Gerichtsverhandlungen beteiligten Personen schwere Unannehmlichkeiten, Schamer und Sorge bereiten können und glauben bei der Veröffentlichung der Verhandlung der Namen den notwendigen Takt zu beachten. Wissen wir doch zu genau, daß die Veröffentlichung einer Verhandlung den Angeklagten zweifeln viel härter trifft, als die vom Gericht verhängte Strafe. Was uns aber zum Protest herausfordert, das ist der Umstand, daß man in gewissen Kreisen glaubt, das berechtigte oder besondere Gefühl allein für sich in Anspruch nehmen zu können. Das berechtigte Gefühl sollte man jedem Menschen, dem „Gemeinen“ ja gut wie dem „Heinrich“ erträumen. Was unferne Mitbürger betrifft, die sich bei der Veröffentlichung von Gerichtsverhandlungen beteiligten Personen schwere Unannehmlichkeiten, Schamer und Sorge bereiten können und glauben bei der Veröffentlichung der Verhandlung der Namen den notwendigen Takt zu beachten. Wissen wir doch zu genau, daß die Veröffentlichung einer Verhandlung den Angeklagten zweifeln viel härter trifft, als die vom Gericht verhängte Strafe. Was uns aber zum Protest herausfordert, das ist der Umstand, daß man in gewissen Kreisen glaubt, das berechtigte oder besondere Gefühl allein für sich in Anspruch nehmen zu können. Das berechtigte Gefühl sollte man jedem Menschen, dem „Gemeinen“ ja gut wie dem „Heinrich“ erträumen. Was unferne Mitbürger betrifft, die sich bei der Veröffentlichung von Gerichtsverhandlungen beteiligten Personen schwere Unannehmlichkeiten, Schamer und Sorge bereiten können und glauben bei der Veröffentlichung der Verhandlung der Namen den notwendigen Takt zu beachten. Wissen wir doch zu genau, daß die Veröffentlichung einer Verhandlung den Angeklagten zweifeln viel härter trifft, als die vom Gericht verhängte Strafe. Was uns aber zum Protest herausfordert, das ist der Umstand, daß man in gewissen Kreisen glaubt, das berechtigte oder besondere Gefühl allein für sich in Anspruch nehmen zu können. Das berechtigte Gefühl sollte man jedem Menschen, dem „Gemeinen“ ja gut wie dem „Heinrich“ erträumen. Was unferne Mitbürger betrifft, die sich bei der Veröffentlichung von Gerichtsverhandlungen beteiligten Personen schwere Unannehmlichkeiten, Schamer und Sorge bereiten können und glauben bei der Veröffentlichung der Verhandlung der Namen den notwendigen Takt zu beachten. Wissen wir doch zu genau, daß die Veröffentlichung einer Verhandlung den Angeklagten zweifeln viel härter trifft, am 1. Mai eine immerhin recht angenehme Erscheinung war.

bestraf. Wie aus der Beileidbeurteilung zu entnehmen war, erhielt er die erhebliche Strafe wegen Entwendung von etwa 60 Zigaretten und Zigaretten. Wegen sollen die Zaten sein im Offizierskasino in Altenburg in der Zeit vom Februar bis März d. J. Als erschwerend fiel ihm Gemüth, daß er den Schwanz, in dem die Rauchwaren lagen, wiederholt mit einem falschen Schlüssel, seinem Kommandoschlüssel, geöffnet hatte. Infolge des Ausschlusses der Öffentlichkeit konnten die vorliegenden Mitverhandlungen nicht genügend gemeldet werden. Der Beileidgeber soll die Zaten nur als Rauchwerk angesehen und der Angeklagte nur aus Genußgefühl gehandelt haben. In der Verhandlung hatten sich drei medizinische Sachverständige über den Beileidzustand des Angeklagten geäußert. Der Angeklagte ist erblich belastet, soll einen minderwertigen Charakter haben und sehr wenig widerstandsfähig sein. Verneint wurde aber von den Sachverständigen, daß von Erörung die Zaten in einem Zustande von Bewußtlosigkeit oder krankhafter Störung der Geistestätigkeit begangen habe. Anserkannt wurde, daß den jungen Mann die Strafe sehr schwer trifft. Aber nach Lage der Sache konnte nicht anders geurteilt werden, da schwerer Diebstahl vorliegt. Von der Strafe wurde ein Monat auf die erstlängte Haft in Anrechnung gebracht.

Wir möchten zu dieser sonderbaren Verhandlung bemerken, daß wir im vorliegenden Falle keinen Anlaß verspüren, das „berühmte Erfolg“ des Mannes oder seiner Familie anzugehen, vielmehr bedauern, daß wegen Bagatellen solche erheblichen Strafen verhängt werden können. — Eine Reformierung des Strafgesetzbuchs wäre nicht nur den Arbeitern, sondern auch denen mit dem „berühmten Erfolg“ zugute.

Der Rat Senff scheint übrigens seit seinem Ersterer Vorgesetzter zu haben. Dort hat er die schöne Wendung von dem berechtigten Gefühl nicht gemerkt, sondern sich lieber zu benutzen geübt. Erst während der Beileidbeurteilung des Gerichtssozialisten frage der Gehe General Wohl den einig anwesenden Beileidbeurteilungsrichter, für welches Blatt er schreibe. Als er die Antwort erhielt: „für die Tribüne“, meinte er sich von dem Rat Senff die betrübende Auffassung erteilen lassen, daß das sozialdemokratische Blatt sei. Doch nun kam das große Bedauern darüber, daß der Ausschluß der Öffentlichkeit nicht beantragt worden war, zu spät.

#### Wedemann ging — das System bleibt

Der gemelte plötzliche Tod des Oberpolizeiposters Wedemann hat dem schuppreichigen Polizeiregiment Vollerstärke Fällung einen schweren Schlag versetzt. Wedemann war ein geborener Beamtenmännchen, die sich dem System nicht nur „hinnehmend“ und reiflos anbehielt, sondern es auch noch auf die Spitze zu treiben verstand. Der Herr Polizeikommandant hat jedoch nichts von einem großen Zuge, ebenso wenig von einem großen Charakter; sein Regiment und seine „Anordnungen“ amtierten den bescheidensten Polizeigeist, dem die gehörige Portion Anmaßung die echt preussische Schmeichelei zu versehen suchte. Das gelang freilich nicht in dem Maße, wie es der ehrgeizige Mann wünschen mochte. Da in derartige Polizeistellen überhaupt nicht „Beute von Kopf“, wie der alte Fritz schon gesagt hat, genommen werden, so hatten es die wertzulichen politischen Nachbarn im Magistrat der Wedemann noch besonders leicht, ihn ihren „Geist“ einzupflanzen. Es gehörte zur Polizeimatur Wedemanns, daß er sich noch aber gehorfsam verbeugte und nach unten den Füßchen und Schmeigeln markierte. Ein Teil seiner Beamtenstaffel weiß davon ein Lied zu singen. Wir wissen, daß mancher seiner Untergebenen ihm keine Träne nachweint — höchstens eine solche der Erleichterung.

Die Arbeiterbewegung hat der verstorbenen formale Inhaber des Polizeiregiments bis zu seinem Tode gehabt. Sein Hab und Nicht hat glühend, denn nur große Charaktere sind solcher Verhältnisse fähig. Die Triebfeder seiner Abneigung war lediglich, daß die Arbeiterbewegung nicht ins vorgezeichnete preussische Polizeischema passe. Der Samen freundschaftlich euklid vor Überdosis des „einmaligen“ hatte befruchtete die Sozialdemokratie mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln. Das war richtig, deshalb ja auch der entscheidende Antipolizeigeist in der dalkischen Arbeiterstaffel. Wedemann trug formal die Verantwortung für das Blutrigen am Montag, wo durch die Säbel seiner Mannen hundert friedliche Wahlrechtsforderer blutig niedergemetzelt wurden. Diese Bluttat hat ihr eigenes Gesetz, sie kann niemals stehen. — W. gab den Vertrauenspersonen der Arbeiter nach dem Montagliche die Aufzeichnung, einer zweiten Demonstration der Wählenden werde er nichts in den Weg legen. Als aber die Dinge am 6. März 1910 am Abbruch anlangten, verammelten ihnen die bis an die Zähne bewaffneten Untergebenen Wedemanns alle Zugänge, und nur der eisernen Disziplin und Besonnenheit der Geprüelten war es zu danken, daß die Säbel nicht wieder zu tanzen konnten. Was auf Wedemanns Worte zu geben sei, wußten nur die Arbeiter. Zum zweiten Male läuschte der Mann die Gewerkschaften im vorigen Jahre, als er ihnen die Erlaubnis zu einem Festzuge versprach, wenn sie von dem Sonntage eines patriotischen Festzuges Abstand nähmen. Das geschah, aber die Erlaubnis für die Demonstration der Wählenden wurde dann verweigert. Wedemann war nun genügend erkannt. Er mußte das auch und lebte nun an jede männliche Mühsal mit den Arbeitern ab. Anwieweit er bei diesen Vorfällen nur das Opfer seiner Vorgesetzten oder seiner Vorgesetzten war, entgeht sich der öffentlichen Kenntnis. Von oben erhielt er jedenfalls Genehmigung seines Lebens gefiel, daß er sich auch bei seiner Aufhebung des Vereinsgesetzes und Schließung der geschlossenen Mitglieder-Versammlungen der Partei und Gewerkschaften von seinen höchsten Vorgesetzten anerkannt sah. Seiner Natur gemäße das.

Die Arbeiterbewegung hatte den Verstorbenen nicht persönlich, sie sah nur das System. Und das System in Halle ist als „berühmte“ klein, das hat wenig schon der 1. Mai — so hat sie nichts anderes als schäblichen Kampf zu erwarten. Ob freilich die bornierte Kleinigkeit in der Bekämpfung der Sozialdemokratie bestehen bleibt, die sich von der erbärmlichen Schließung des Volksparks herab bis auf das Zufinden aberner Verdingungen an das Volkswahl erstreckt — das wird man erst sehen. Der kommende Mann hat es bis zu gewissem Grade in der Hand, die Art dieser Kleinigkeiten zu bestimmen — am System und am Wesen des Kampfes kann er nichts ändern. Deshalb hat auch der Abschied Wedemanns für die

Verlegen- u. Verlags-Anstalt in unübertroffener Auswahl Endepon's & Dunker, Halle a. S., Gr. Ulrichstrasse 19. u. Preiswürdigkeit.





## Die Maffei in Wien.

Aus Wien schreibt man uns: Die Wiener Arbeiter haben sich schon bei der ersten Maffei das Recht auf vollständige Arbeitstage errungen. Und was sie vor manchen Jahren mit einem Handbrot gegen Polizeigeißel und Unternehmernbitterkeit erkämpften, das haben sie aufrecht erhalten, so sehr auch die Gegner sich anfangs zur Wehr zu setzen wußten. Wenn es in den ersten Jahren noch Kämpfe in der Freigabe des 1. Mai gab, so ist es heute bereits in das allgemeine Bewußtsein eingedrungen, daß der 1. Mai den Arbeitern gehört, und in ähnlichen Kollektivverträgen ist es verbrieft, daß am 1. Mai die Arbeit ruht.

So hat die Maffei in Wien ihr durch die Tradition festgelegtes Gepräge. Am Vormittag politische und Brandvereinsversammlungen, am Nachmittag der Markt in den Prater. So war es auch heuer, nur daß diesmal der Wahlkampf die Arbeiter zu noch viel größerer Beteiligung anpreist als sonst. Am Vormittag fanden etwa 60 Versammlungen anstatt, die alle massenhaft besucht waren. Die Maffeierte in den politischen Versammlungen erstatteten meist die Reichsratsmandatanten. Der Aufmarsch in den Prater war heuer trotz des ungünstigen Wetters — Wolken bedeckten den Himmel und wiederholt wurden die Demonstrationen durch Regen durchwühlt — fast doppelt so stark als im vorigen Jahre. Die Genossen kamen in den einzelnen Bezirken um 1/2 Uhr — in den entfernteren schon um 1 Uhr — zusammen und zogen dann mit ihren Fahnen und Standarten über die Ringstraße zum Praterstern und von da in den Prater, wo sich in 49 Bezirksvereinsgruppen die einzelnen Fach- und politischen Organisationen zusammenfanden.

Die Spitze des Zuges bestand aus den Organisationen des 18. Bezirkes (Mähring). Sie trugen außer einer großen roten Fahne eine Standarte, die in scharfblauer Weise eine Reihe des christlichsozialen Kandidaten in Mähring, des Prinzen Liechtenstein, veranschaulichte. „Der Liechtensteiner Stiefel“ lautete die Aufschrift und an der Spitze hing ein großer Stiefel. Die Tafel war gelblich und wiederholte die christlichsozialen Gott-Stimm-Partei nicht haben, aber nach kurzem Gangesgehege zog der übertriebene Polizeikommissar, der die Parade befehligte hatte, seine Truppen zurück. Die Brigittener Polizei hatte auch noch ein übriges getan, um die Christlichsozialen vor Angriffen zu schützen. Der ganze Brigittentag, wo der christlichsoziale Kandidat Müller wohnte, war von der Polizei abgesperrt und kein Arbeiter wurde durchgelassen. Den Genossen von Mariabühl wollte die Polizei eine Standarte konfiszieren, die einige politische Daten über die Kosten der Dreidrahtlinie enthielt. Da aber die Standarte aus Holz und überdies sehr groß war, hätte es noch viel mehr Aufsehen erregt, wenn Polizisten die Standarte über die Straße getragen hätten; und so entschloß sich die läbliche Polizei, die aufreißenden Biffen nicht zu verbieten.

Von diesen kleinen Zwischenfällen abgesehen, ging die Maffei ohne Zwischenfall, d. h. ohne weitere polizeiliche Störung, vor sich. Die Zahl der Fahnen und Standarten, die in dem Zuge getragen wurden, ist nicht abzuschätzen. Die Schilder und Staatsbahner — viele in Uniform — trugen eine Standarte mit einem geflügelten Kabe, der 18. Bezirk (Mähring) einen etwa drei Meter breiten Leinwandstreifen mit der Aufschrift „Auf zum Wahlkampf!“ Entziffert ist rot und muß es auch bleiben.“ Auch andere Standarten hatten Aufschriften, die sich auf den Wahlkampf bezogen: „Wahltag ist Wahltag!“, „Wahltag sozialdemokratisch!“ und dergleichen. In dem Zuge des 18. Bezirkes (Neupolln) gingen etwa 100 Frauen in roten Ärmeln. In großer Zahl waren wie immer auch die Maffei-Fahrer, die väterlich drängten. Auf der Ringstraße und der Praterstraße standen zu beiden Seiten der Straße viele hunderte sozialdemokratischer Ordner mit roten Armbändern.

## Gewerkschaftliches.

### Ausperrungen wegen der Maffei

haben die Schularbeiten nicht in nennenswerter Zahl vorgenommen. Sie werden sich eben doch mit der Zeit mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß sich die Arbeiter auch durch tagelange Ausperrung nicht einschütern lassen und den 1. Mai als ihren Feiertag nicht durch Arbeiterausperrungen begeben. Freilich, die Unternehmern müßten doch so tun, als ob sie den „Herrn im Hause“ Standpunkt wählten, so schwer es ihnen auch fallen mag, daß ihnen der Profit für einige Tage verloren geht.

Nach den vorliegenden Meldungen wurden in Berlin in 220 Betrieben 6768 Holzarbeiter ausgesperrt. Davon sind ungefähr reichlich 6000 Mann auf drei Tage, die übrigen längere Zeit ausgesperrt und entlassen.

In Berliner Metallgewerbe wurden in 17 Betrieben 501 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt, und zwar drei, sechs bis acht Tage.

Vom Zimmererverband wird gemeldet, daß 140 Mann auf drei Tage ausgesperrt sind.

In Braunschweig wurden 2000 Metallarbeiter auf acht Tage ausgesperrt.

Die Arbeiter der Hensburger Schiffwerft, die den 1. Mai gefeiert haben, wurden bis zum 5. Mai ausgesperrt. Es werden etwa 1100 Arbeiter von dieser Maßnahme betroffen.

### Meldungen über Gewerkschaftskämpfe.

Der Kampf im Ostseegebiet Mannheim-Ludwigshafen ist beendet. Unter dem Vorbehalt des Gewerkschaftsgerichtes Dr. Erbel in Mannheim tagten die Parteien in voriger Woche täglich fast ununterbrochen. Es kamen fünf Tarifverträge zustande mit durchschnittlicher Lohn-erhöhung von 1,50-2 Mk. pro Woche auf vier Vertragsjahre verteilt. Ab 1. April 1912 tritt für die Mehrzahl der Arbeiter eine halbe Stunde Arbeitsverlängerung pro Tag ein. Eine Vereinbarung über den Kampf im Ostseegebiet beteiligter gewerkschaftlicher Arbeiter hat die Föderation der Arbeiter für den 8. Mai beschlossen.

Der Streik der Steinarbeiter in Oelsen-Kirch ist noch nicht beendet. Angeblicher Verhandlungen über reduzierte Löhne. Die Unternehmern machen große Anstrengungen, um Arbeitskräfte anzuziehen. In Koblenz ist der Steinarbeitersstreik zugunsten der Arbeiter beendet worden. Erreicht wurde eine Erhöhung der Stundenlöhne von 5 Pf.; der Minimallohn beträgt jetzt für Steinhauer 60 Pf., für Schleifer 50 Pf., und für Hilfsarbeiter 47 Pf. Die Tarifarbeiter ist vom 1. Mai 1911 bis 1. Mai 1912. Die Tarifpositionen werden um 8 1/2 Prozent erhöht.

Wegen des seit Wochen andauernden Streiks der Textilarbeiter der Firma Roda u. S. in Geseßfeld beschloß der Verband der Württembergischen Textilindustrie, die gesamte Arbeiterschaft des Württemberg, etwa 13 000 Arbeiter, auszusperren, wenn die Arbeit bei der genannten Firma nicht bald wieder aufgenommen wird. Die Württembergischen nächsten Sonnabend erfolgen. — Die Streikenden fordern eine Lohn-erhöhung.

## Soziales.

### Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Säuglingssterblichkeit.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Potthoff stellt in der Zeitschrift für Jugendwohlfahrt interessante Berechnungen über die volkswirtschaftliche Bedeutung der Säuglingssterblichkeit an. Wir hatten in Deutschland im Jahre 1908 eine Säuglingssterblichkeit von 17,8 Prozent, d. h. von je 100 lebend geborenen Kindern starben vor Vollendung des ersten Lebensjahres 17,8 wieder weg. Inoffiziell steht Deutschland mit dieser Säuglingssterblichkeit fast an der Spitze aller Länder; es wird nur noch von Rumänien, das 19,7 Ungarn, das 19,9, Österreich, das 20,2 und Rußland, das 22,2 Prozent hatte, übertrifft. Doch liegen die Biffen aus den letztgenannten Ländern zum Teil mehrere Jahre zurück, so daß der Vergleich heute für Deutschland vielleicht noch ungünstiger ausfallen würde.

In absoluten Zahlen ausgedrückt starben in Deutschland 1908: 259 000 Säuglinge. Die Kränke, die um den Tod dieser unter 10 viel Leiden geborenen und mit so viel Freuden erwarteten Kinder gelassen sind, die Summe von Zammern und Weh, die diese Zerknirschung ihrer Hoffnungen verursacht hat, sind natürlich nicht zu zählen oder zu wägen. Wohl aber lassen sich die Kosten, die durch die Geburt, die Pflege und Ernährung während der ersten Monate und dann durch die Krankheit und den Tod dieser Kinder verursacht wurden, ungefähr abschätzen. Nimmt man an, daß die Geburt eines Kindes im Durchschnitt etwa 150 Mk. Unkosten (Verlust an Arbeits-einkommen der Mutter, Schwämme, Arzt, Hofbesorger usw.) verursacht und legt man die gleiche Summe für die Wartung und Ernährung des Säuglings, für die durch den Tod und das Begräbnis entliehenen Unkosten an, so ergibt sich der Betrag; es wird nur noch von Rumänien, das 19,7 Ungarn, das 19,9, Österreich, das 20,2 und Rußland, das 22,2 Prozent hatte, übertrifft. Doch liegen die Biffen aus den letztgenannten Ländern zum Teil mehrere Jahre zurück, so daß der Vergleich heute für Deutschland vielleicht noch ungünstiger ausfallen würde.

Die 259 000 Kinder unter einem Jahre, die 1908 in Deutschland gestorben sind, haben also dem deutschen Volke einen Verlust an Nationalvermögen von rund 105 Millionen Mark gebracht, eine Summe, die sicher anderweitig besser hätte verwendet werden können.

Obwohl es in gewisser Weise die Säuglingssterblichkeit in einem beträchtlichen Maßgrade begriffen durch die Verbesserung unserer hygienischen Verhältnisse und sonstiger zu diesem Zwecke ge-

## Wenn der Vorhang fällt.

Aus der Komödie des Lebens.  
Roman von James Hie.

2) (Nachdr. verb.)  
Welt draußen sprang plötzlich der weiße Leuchtturm in das Licht.  
Überall herrschte die Anruhe des Anfallens. Alle Welt war nervös beschäftigt, sich eiligst den an Bord des Dampfers befindlichen Platz zu sichern.  
Köpfe und Hände und ganze Gestalten tauchten für einen Augenblick aus dem Nebel auf, um sich umzusehen, zu orientieren — und wieder unterzutauchen.  
Änzere, Schwärmer, alle der Neugierigen, fanden es notwendig, einen Rundgang über das lange, weiße Deck zu unternehmen. Türen aufzufahren, in die Salons zu schauen oder einen Platz darin auszusperren.  
Unter sprangen die Stewards mit berstenden, lächelnden Gesichtern unter den verschiedensten freudigen Befehlen hin und her, um allerhand falsch platziertes Meißelgeld, das aus halbföhnenen Kassetten bis jetzt reklamiert wurde, an die rechte Stelle zu schaffen.

Ein paar Passagiere hatten schon angefangen, sich ihre eigene, spezielle Promenade auf dem Verdeck einzurichten. Wie man- delnde graue Koffer, die den Atlantischen Ozean viele Male passiert hatten, lagen sie aus. Sie hatten ihr gutes Geld dabei und fanden im übrigen ihre ganze Umgebung harmlos nebenläufig. Mit schiefen Wänden beobachtete sie nur die gegenläufigen Bewegungen, um einander nicht ins Gehege zu kommen.

— Der mit dem Madenbart? — in der hellen Wölfe, den gelben Schuhen und dem großen, mehrläufigen Reifemantel — erklärte der nachgebende Offizier dem Vintorenspondenten, der mit Notizbuch und Feder in der Hand, das ist Vintorens, der mit Notizbuch und Feder in der Hand, das ist Vintorens haben wir keine volle Vollblutpferde an Bord genommen. — — zur Jagd nach Montana — zwei Vollblutpferde an Bord — — notierte der andere.

Nur dem obersten Deck ging ein Herz mit einem eben erhaltenen Telegramm in der Hand. Er kubierte tiefes noch immer, als man schon den Leuchtturm blickte, dieses es dann in die Tiefe seines weiten Leberzuges, nahm es aber zu erneuter Betrachtung wieder heraus.  
Nur dreimal — er nachdenklich vor der Kassettenreihe hin, machte er immer wieder um, blieb stehen und starrte in die See hinunter.  
Jetzt kam seine Frau heraus.  
— Aber Jon — wo bist du denn? — sagte sie. — Hast du uns denn ganz und gar vergessen? Wir haben doch so viel zu erleben. Ich habe so schöne Gedanken an dich und du hast die Schlüssel!

Doktor Angelt nachdenklich Gesicht wurde nach einer gewissen Andauer aufmerk-

„Nichtig — beinahe hätte ich vergessen, die diese Depesche zu zeigen.“ Er nahm sie eben von der Kassettenreihe. Von Postmann.  
Seine Augen wandten über ihr, klar, wie die eines Kaufmanns, während sie das Telegramm durchlas.  
Es lautete:  
— Aus den Augen — nicht aus dem Sinn. Lebt wohl, lebt wohl! Euer betrübter Freund Polmar.  
— Ja — das ist eine treue Seele! — betätigte der Doktor in eigenem Ton.  
— Wir wollen aber jetzt nur an deine Verühmtheit denken!“ lachte sie, noch mit Tränen in den Augen — „daran, daß du es zu etwas Großem bringen wirst!“  
— Der Doktor Augen zitterten — in seine Augen trat ein seltsames Leuchten.  
— Ja — die erste Dame der Stadt, mit all ihren originellen Einfällen — immer an der Spitze — opfert die ganze schöne Vergötterung auf dem trockenen Altar meiner Verühmtheit!“  
— Ein — sonderbar — unterbrach er sich selbst mit einem gewissen Galgenhumor. — Polmar fand seinem kleinen Lieblich nicht einmal einen Grund. Der Junge wird wohl mit einbringen sein — so hat er sich das bei der Depesche eripart.  
— O Jon — rief sie, ich kam doch, um dich und die Schlüssel zu holen. — Träumen dir Klain, der arme Berg, bei dem Wädhnen und möchte so gern sein Lebenstempel haben. Er hat gesehen, wie der andere Aale in der Skulpte nebenan mit seinem Volk spielte.“

„Natürlich — selbstverständlich! Der Junge muß immer auf diese Weise unterhalten sein — so überhäuft mit Schlüsselchen, wie er ist. Und jetzt — für die Weite — man kann wohl sagen, Spielzeug für seine ganze Kindheit!“  
— Aber Jon, hast du mit nicht verprochen, guter Laune zu sein! Jetzt brauchst du doch nur an dich selbst und an mich zu denken. Mein Weib mehr von Konrad, hast du sich überhäuft hat und sich nicht trüben, aber nur von Konrad, die an Bruststücken leidet — oder vom Intendanten, der nachts nicht schlafen kann, weil er sich gegenüber halb verrückt geredet und geschätzt hat!“

Der Doktor lächelte.  
Du hast recht — wie immer. Ich bin ein schlechter Spielerformel — ein rechter Brummbär. Aber es wird schon alles gut — du sollst sehen. . . Wir haben angebliche Meißelgeldschaff — unser berühmten Violinisten Wölfe Oswald. Es ist ordentlich heimlich, ich bin zu treffen, nicht wahr?“  
— Und der Doktor nahm die Schlüssel und folgte seiner Frau die Kassettenreihe hinab.  
Die Propeller schlugen fort und fort mit leisem Müllern gegen den hölzernen Rumpf des Schiffes, während die Maschinen unter unaußersichtlichen Stampfen ihre Laufende von Feuerstrahlen entfalteten. Wie ein Flug durchdrang der leuchtende Eistenhaken die Wogen, und das Kielwasser zog einen breiten, milchweißen, Strom, der sich weit hinten im unendlichen Meeresspiegel schäumend verlor.  
Am Halbmond des Oberlichts in der zweiten Klasse trafen sich zwei Landleute. Obwohl in der Heimat ihr Lebenswege

und Glücksumfänge ganz verschiedene waren, bezeichnete sie sich hier in interessentem Wechselreden.  
— — — ein seltsames Gefühl, Wagnertitel America vor sich — Europa hinter sich — wie auf einer Insel zwischen zwei Weltten. Der Mensch wird ein ganz anderer, was? Und da laßt plötzlich ein alter, verlorenen Kamerad aus —  
— Nun, Matthias, und du gehst also unter dieses Wasserland sozulagen südenweise in Photographien drüben in America zu verkaufen? —  
— — —

— „Gleich, was? — nicht, für den Rest mit mir übrigen gleich möglich den Kopf! Aber ich kenne, wieder werden wir munde finden, die das alte Korporation gern in ihren vier Wänden haben wollen — als ein Stückchen Wasserlandsernung. Ich hoffe stark, schon hier an Bord zu verkaufen — bei den Auswanderern im Zwischenland. Was mein ich, du? — Ich kann wohl sagen, ich war, wo keine Wölfe haben. Ich bin mir gekommen ist — eine ganz neue durchgehende Generie der nordischen Natur — von den Höhen der Stelle bis zu den Tiefen der Fjorde — lauter ganz originale Sachen. Ich bin nun eben auch mal drauf verfallen, in Wasserlandsiebe zu spekulieren, nicht wahr?“  
— — —

— — — auf diese Weise Geheine und tote Natur zu exportieren — na ja — es mag ja ganz schön sein. Mein Gefährde wäre es mehr, wenn du Bilder von Menschen aufgenommen hättest — von unserm lebendigen Volke selbst, das in seinen hervorragenden und großen Momenten spielt. Ein solcher Mann übertrag den Goldhügel bei aller Einnahme, aber: Ein Beispiel der Naturkräfte, 2050' über dem Meer.“  
— Der Sprecher redete sich, so daß seine Figur und ganze Erscheinung in dem halbkreisförmigen Rastet besser zur Geltung kam. Mit einer gewöhnlichsmöglichen leichten Bewegung warf er den Kopf zurück. Der weiße Nebel lag gelöst auf den niedrigen, schwarzen Baaren; zwei, zwei die Heine, schief beobachtete Augen leuchteten aus einem blauen, goldenen Gesicht, dessen ideale Anlage durch die schwere Mundpartie etwas gestört wurde.

Ein spöttischer Ausdruck huschte schnell über die vom Leber klar mitgenommenen Züge des Photographen, die etwas an ein Portrait erinnerten, bei dem die Farben verblüht sind.  
— — — sagte er, — — — man hat eine die Erfindung machen möchte, das Innere der Menschen mit Röntgenstrahlung zu beleuchten. Was dahin müssen wir uns eben mit den Röntgenbildern begnügen, die uns die christlichen Augen der Leute liefern!“  
— — —

— — — entgegnete der andere. — Diese boshafte Wölfe, weißt du, die hat ich nie gesehen können. So herumlaufen und seine Wintertenden fotografieren wie lauter verfederte Hühner anzuheben, in denen allerhand eckelhaftes Gerümme herumtrudelt, das — das führt zu — — —  
— — —

— — — zu einem derphatischen Leben, wolle du wohl sagen?“  
— — — Ich kann dir nicht widerprechen!“ sagte Wagnertitel ziemlich hart.  
(Fortsetzung folgt.)

strosser Maßnahmen. Im letzten Jahrzehnt hat die Zahl von 207 Prozent (1901) auf 17,8 Prozent (1908). Im Durchschnitt des Jahrzehntes 1870-80 betrug die sogar 26,3 und im darauffolgenden Jahrzehnt immer noch 23,4 Prozent. Sogar vor heute noch die gleiche Säuglingssterblichkeit wie vor 30 Jahren, so würde der jährliche Verlust an Nationalvermögen 152 Millionen statt 108 Millionen Mark betragen. Er könnte aber noch weit mehr betragend werden, wenn wir unsere Säuglingssterblichkeit auf das Maß der anderer germanischer Völker herabsetzen könnten. Würden uns jährlich nur noch 10,8 von je 100 Säuglingen wegfallen, wie dies in Dänemark der Fall ist, so würde der Verlust nur noch 65 1/2 Millionen Mark betragen und könnten wir gar die Säuglingssterblichkeit Fortwähren mit 6,7 Prozent erreichen, so wäre das hier unproduktiv verbrauchte Kapital nur noch 41 Millionen hoch. Diese Differenz zeigen, daß es für ein Volk, einmal von allen Gefährlichkeiten abgesehen, keine sich selber zerstörende Ausgabe gibt als die zur Herabdrückung der Kindersterblichkeit. Ausgaben, die sich auch später noch durch eine größere Frömmigkeit der ganzen Volkserziehung.

## Aus den Nachbarkreisen.

### Über den Verlust der Weisheit

liegen nach einer Klage vor, aus denen hervorgeht, daß in sehr vielen Orten die Partei- und Gewerkschaftsbesessen durch Arbeitslose für die Forderungen des Proletariats demonstrieren.

**Sangerhausen.** Unter jünger Beteiligung veranstalteten die hiesigen Genossen um 8 Uhr vormittags einen Ausflug mit Musik nach dem drei Stunden entfernten Feinseider Berg. Dem sich durch die Stadt bewegenden Zuge wurde eine rote Fahne vorgetragen. Auf dem Festplatze entwickelte sich bei Gesangs- und Musikvorträgen bald ein fröhliches Treiben. Neben den Arbeitern des Barbaroschwalbes feierten die Scholier, Farmer und Dorfbesitzer der Altmeimachener Gegend. Die Veranstaltungen am darauffolgenden Sonntag hatten glänzenden Erfolg aufzuweisen.

**Herrn.** Die Wählerversammlung, in der Reichstagswahlbündnis Genosse Hülse sprach, war über 200 Personen besetzt. Die Versammlung verlief glänzend. Am Sonntag unternahm 120 Personen einen Ausflug.

**Weggen.** In den Räumen des Bahnhofs sprach abends von zahlreicher Zuhörerzahl der Genosse Fichte mann - Erlenburg über die Bedeutung des 1. Mai. Eine entsprechende Resolution fand Annahme.

**Herrn.** Die Abendversammlung war von 200 Personen besucht. Genosse Wäner - Deligke hielt das Referat.

**Wagitz.** Die Weisheit verlor auf, ohne jeden Zwischenfall, am Vormittagsausflug nahmen 41 Personen teil. Am Abend-veranstaltung beteiligten sich ca. 150 Personen, welche der Forderung des Genossen Hartmann, sowie den Ausführungen der Genossin Erbold beifolgende Beifall zollten.

**Wittenberg.** Unsere Weisheit, die unter starker Beteiligung im Freudenbergrain lokale stattfand, verlief in durchaus würdiger Weise. Das war ein magischer Anblick zu den kommenden Säuglingen, in die nachfolgenden einmündigen Genossen der Wittenberger Arbeiterföderation geworden ist. In kräftiger Ansprache vermischt der Streiter, Genosse Fritzsche - Berlin, auf die unter starker Beteiligung, besonders die Frauen auffordernd, die heranwachsende Jugend und sich selbst zu unternen Taten zu erziehen. Auch die übrigen Darbietungen können als gut gelungen bezeichnet werden. Durch Arbeitsruhe feierten 40 Banarbeit.

### Zur Steinleier-Auspeirung

scheitelt man uns, daß die Auspeirung und Streifenenden nach wie vor eine fettergehaltene Masse darstellen, obwohl der Kampf bereits wieder Wochen dauert. Berücksichtigt man, daß die Steinleier erst den langen Winter mit seiner Arbeitslosigkeit hinter sich haben, so zeigt das von einer Disziplin und Charakterfestigkeit, die nicht hoch genug zu veranschlagen ist. Allerdings sind in die Zusammenkünfte der Unternehmer, nicht nur aus der Arbeiterorganisation auszuweichen, sondern sich auch allerwärts zu Streifenarbeiten gebrauchen zu lassen, so erdärmlich und bundsamer, daß dieselben einfach jeder egyptischen Arbeiter mit Wägen ablesen muß. Der Antrag der Auspeirer, die Differenz durch ein Schiedsgericht entscheiden zu lassen, ist bisher unbenutzt geblieben. Die Unternehmer verlassen sich auf die hiesigen Bauarbeiten, von denen fast alle Arbeiterarbeiten abhängen. Die Handwerker dürfen nicht nur, daß wie es in Duerfurt bei dem Steinleiermeister Bachmann der Fall ist, ungelernete Arbeiter die Arbeiterarbeiten ausführen, nein, sie bemühen sich selbst darum, den Steinleiermeister Streifenarbeiter zu unterstützen. So soll der Kreisbaumeister Faustmann aus Duerfurt bei Steinleier genossen sein, um dieselben zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen!

In Halle wiederum scheinen einige Magistratsmitglieder der Meinung zu sein, daß der Stundenlohn für Steinleier hoch genug und deshalb die Maßnahmen der Unternehmer zu billigen seien. Das Jahresverkommen der Steinleier bewegt sich im Durchschnitt zwischen 1000 - 1300 Mk. Es muß jedoch festgestellt werden, daß der Stundenlohn für Steinleier rund um den Regierungsbetrag Wittenberg herum, am 3-12 Mk. höher liegt, als im Bezirk des „Wempe“ die „Leibnizität“ der Streifenarbeiter, ist ein einmal Beispiel illustriert werden. In Halle sollen mehrere Streifenarbeiter neugeborenen werden; da sich die Halleischen Steinleiermeister jedoch nicht mehr an der Substitution beteiligen, deshalb werden die Arbeiter einfach inbittiert. Nach Ausführungen etlicher Steinleiermeister soll die Auspeirung zu einige Jahre dauern! Konsequenterweise wird die Halleische Bauverwaltung mit ihren Wäflerungen solange warten und zusehen, bis es den Steinleiermeister gelungen ist, die Arbeiterorganisation niederzuknüpfen oder bis die Herren Steinleiermeister wieder Lust an Arbeitsaufnahme finden. Als Steuerzahler dürfen, unseres Erachtens nach, die Auspeirer aber Anspruch auf Arbeit haben und wenn eben die Halleischen Unternehmer keine solche annehmen wollen, so fordern wir die Bauverwaltung auf, zu fremde Unternehmer zur Substitution auszuweisen, oder aber, es muß die Arbeit in eigener Regie ausgeführt werden. Es ist einfach eine Unmündigkeit, bei Ausführung der Arbeiterarbeiten nur die Unternehmer zu unterstützen, hingegen die Auspeirer arbeitslos werden lassen. Haben die Steuerzahler der Unternehmer mehr Wert? Das eine steht fest: Minder der Auspeirer, der bisher bei Zahlen noch „staatsfreundlich“ wählte, ist jetzt kurier und wird weniger, von welcher Seite er Unterstützung zu erwarten hat und dementsprechend wählen. Es muß an dieser Stelle zu wiederholtem Male ausgesprochen werden, daß nach bei keinem Kampf sich die „Objektivität“ der Behörden mehr gezeigt hat, als bei der

Steinleier-Auspeirung im Regierungsbetrag Wittenberg. - Es handelt sich darum, das Realisationsrecht abzuwürgen. Die Auspeirer sind jedoch keineswegs unfähig, sich das selbst zu erwirken zu lassen.

4. 5. 11

**Görlitz.** Weisheit und Polizei. Der Sozialdemokratische Verein wollte am Montag abend das Weisheit mit Festrede und Gesangsveranstaltungen nachfolgendem Ton feiern. Zu der Festrede hatte sich der Polizeibeamte Ueber die er eingestellt. Da die Vereinsmitglieder aber nicht gekommen waren, sich die Festrede überlassen zu lassen, so wurde der Abschlus dem Verein überlassen. Die Festrede wurde von dem Polizeibeamten erklärt, dabei zu müssen, da er von seiner Behörde beauftragt sei, zur Information hinzugehen. Darauf wurde unter Zustimmung der Teilnehmer von einer Festrede abgesehen, und der Besamte entfernte sich. Wir meinen, die Behörde hat kein Recht, in geschlossenen Gesellschaften einzutreten, um sich Informationen zu verschaffen. Was folgt aber der Vertreter des echt preussischen Polizeibeamten danach, sie wissen, daß ihnen wegen der Mißhandlung des gloriosen Vereinsgenossen doch nichts geschieht. Untere Genossen wollen gegen das unerbittliche Eindringen Beschwerde erheben.

**Görlitz.** Arg in die Ratte geht hat sich der bekannte Revolutionsmann und Mittelständler Ernst in seinen Angriffen auf die Standeshölzer der Weisheit, die höhere Tochter. Es entstand ein ergötzlicher Streit, in dessen Verlauf ein wütender Dreißiger gegen den trübigen Reden vorging, nämlich der Erziehermeister Meier, Direktor Hoffmann und Landesherr Zehner. Der Mann bemühte sich nach Meier, sein durch diese Dreißigerzeit gezeigtes Verhalten als Schuttmann wiederherzustellen, wobei ihm ein fürchterliches Malheur passierte, indem er meinte, daß wenn ihm der höchste Stand der hiesigen Finanzen bekannt gewesen wäre, er gegen die höhere Tochter nicht gekämpft hätte. Der langjährige Stadtvorsteher Meier weiß also nichts von dem inneren geistigen Dasein im Schuttmann. Doch soll er seine Ruhe nicht bekommen, dafür tragen schon die Jungen, denen es im frontalen Gehen in genug gibt. In gewissen Kreisen hatte man erzählt, daß Meier nur deshalb lo gegen die Schule der reichen Leute sei, weil aus seiner Wohnung nichts geworden ist, nämlich an die höhere Tochter die besten zu werden. Das ist nicht der Fall. Meier hat keine Tochter, die nicht er nun der Verarmung des Treiben der bösen Weisheit. Aber es wurde ihm abgemurmelt mit dem Versehen, daß im Kollegium selches nicht gelang worden sei. - Dem wackeren reichsten Kämpfer gelang aber auch gar nichts mehr. Nun lassen wir auch die Ordnungsbewehr im späteren Kampfe gegen die Sozgen in Stich.

**Görlitz.** Ungelehrter Beamter. Am Montag wurde vor der Götter Strafkammer gegen den Gauveinsamer H., früher hier wohnhaft, verhandelt, weil er für seinen und Arbeitslohn mehr Gelder angefordert hat, als für die Wirklichkeit betragen. Die so zu Unrecht erhaltene Summe beläuft sich auf 222 Mk. Infolge Verleitung des Beamten nach Gerblich kamen die Wäflerungen durch seinen Schwager heraus, der bei den Wäflerungen weniger Gelder benötigte als der gute Beamte. Der Angeklagte gab die Unethizität zumunehmen zu, behauptete jedoch aus Not gehandelt zu haben. Er wurde zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt.

**Stettin.** Ein schießlicher Arbeitsmüßiger. Am vergangenen Sonntag verurteilte die Vergewaltiger Reinhold Böhmig von hier in der Nähe von Espertheil zu erziehen. Sein Verhalten mißfiel, da er durch die bei den Genossen gleich darauf nahm man ihm das Schießzeug ab. Dieser Vorgang hat für die organisierte Vergewaltiger ganz besondere Bedeutung. Bekanntlich haben die Kameraden der Grube Walters-Döpping vor einiger Zeit die Arbeit niedergelagt. Böhmig erwies sich hier als ein „unabhängiges Element“, indem er weiter arbeitete und dadurch seinen Kameraden in den Hintern trat. Die früher mit Böhmig verurteilten, haben bei ihm nie ein derartiges Instrument bemerkt, deshalb ist wohl die Frage angedrückt: zu welchem Zweck er den Revolver führte und wo er ihn bekommen hat? Sollte das Tragen des Revolvers mit seiner traurigen Tätigkeit als Arbeitsmüßiger zusammenhängen? - Wäre nicht der erste Fall, daß die Kameraden sich gegen den Beamten benutzten und nach einer Gelegenheit trachten, um Streifen zu unterwerfen. Gehalt dann ein solcher Handhab die gebührende Zurückweisung, kann „Jammern“ man dies als „Material“ zu einer Denkschrift über die Ausrichtungen „Streifen“.

Der gesunde Sinn der Vergewaltiger wird sich durch solche Beschlüsse nicht verwirren lassen. Für Böhmig und die Sozgen noch ein gerichtliches Nachspiel haben. Er hat sich freiwillig zum Militär gemeldet und muß im Herbst einziehen. Sind die selbst beigegebenen Beschlüsse der Art, daß er dadurch untauglich für den Militärdienst wird, so bekommt er wegen Selbstverwundung einen Vorstoß. Der Militärschein pflegt gewöhnlich bei solchen Sünden nicht zu haben, wer sich ihm verschrieben hat, den muß er auch haben und mit ungenügender Schärfe bestraft er Dürdeberger.

Für den kommenden Kampf hat Böhmig sich zwar unethisch gemacht, aber es ist nicht ausgeschlossen, daß unter den Arbeitsmüßigen sich noch ähnliche Elemente befinden. Deshalb Vorhalt!

**Görlitz.** Eine Wäflerung. Die Wäflerung findet am Sonntag, den 7. Mai, nachmittags 2 Uhr im Gartenhof Zahl Wegland statt. Das Referat hat Schriftsteller Dr. Bernheim aus Berlin übernommen. Die Parteigenossen mögen für einen Massenbesuch Sorge tragen.

**Schlesien.** Protestversammlung. Am Freitag fand im Wäflerhof eine derartige Protestversammlung gegen die Meislerveränderungsordnung statt. Der tonerwachte Meislergenossenschaft wurde zugesagt, daß sie sich an der Versammlung nicht teilnehmen könne und freute sich des großen Fortschrittes in der sozialen Wäflerung. Er begründet den Geselentwurf, welcher bescheiden soll, den Mißbrauch der Arbeitervereinigungen durch die Sozialdemokratie einzuschränken. Genosse Bernheim erwiderte, daß seine Aufgabe als Referent in einer zweifelhaftein Ausführungen vorzuziehlich entbehrte, von dem Herrn Wäfler die gebührende Antwort und forderte die Anwesenden auf, bei der kommenden Reichstagswahl das Vorgehen dieses Referats nicht zu verzeihen. Neben erster großen Beifall. Eine dementsprechende Resolution wurde einstimmig angenommen und soll dem Reichstag überhandt werden.

**Wittenberg.** In der Stadtvorversammlung am 2. Mai lag den Vertretern zunächst ein Antrag vor, den Arbeitsausweis für „Zugewandlung“ 100 Mk. zu bewilligen. Von unfern Genossen wurde der Antrag bekämpft, weil einwachenvermögen sich die Anwesenenden gegen eine rechtliche Partei (die Sozialdemokratische) und hiesige Partei nicht zu solchen Sachen verurteilt werden sollten. Diese Stellungnahme veranlaßte den Stadtvorordneten Ude, der Versammlung vorzuschlagen, dem Ausschuss 200 Mk. zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zu überweisen, welchen Antrag ich als Stadtvorordnete Richter erwiderte. Genosse Bernheim konnte darauf mit Genugthuung feststellen, daß sich die Stadtvorordneten Richter und Polizeibeamten in Bezug auf Zugewandlung seit einiger Zeit schon sehr abgelehrt haben, denn früher seien die Herren sogar gegen die obgenannte

Einführung des Fortbildungsschulunterrichts gemessen. Nachdem der Antrag Ude zurückgezogen war, wurde schließlich die Monistralvorsätze angenommen. - Für den Umbau der Einrichtungsgegenstände der Fortbildungsschule werden 1000 Mk. bewilligt. Das Kuratorium der Fortbildungsschule beantragt, die Unterrichtszeit in dieser Schule durch Erklärt zu regeln, da noch mehrfach erkrankten Entscheidungen des Kammergerichts eine Bestätigung wegen unentgeltlichen Ausbleibens aus der Fortbildungsschule nur möglich ist, wenn die Unterrichtszeit ordnungsgemäß festgelegt ist. Dem Antrag wurde zugestimmt. - Dem Polizeigenossen Donatz in Wittenberg wurden 25 Mk. jährlich bewilligt für die dem Rittergut Orpwin zu leistenden Dienste. - Zur Kenntnis genommen wurde 1. der Jahresbericht der freiwilligen Feuerwehr, 2. der Bericht für das Geschäftsjahr für das erste Quartal 1911, 3. die Bevölkerungsbewegung der Stadt Wittenberg der Jugend betrug 894, der Wäflerung 789, wobei ein Mehr von 114 Personen zu verzeichnen war. Am 31. März 1911 hatte Wittenberg 14765 Einwohner. Ferner wurde zur Kenntnis genommen der Bericht der Stadtpfarrkirche. Die Einnahmen betragen 34288,61 Mk., die Ausgaben 380992,85 Mk., Kostenbestand 11280,79 Mk. Auf Antrag des Genossen Wäfler wurde der 10. Punkt: Ausbau des Grundstückes „Hüter Morgen“ auf in geschlossener in öffentlicher Sitzung verhandelt. Es war beantragt, zu dem Ausbau 10000 Mk. bereitstellen. Nach eingehender Beratung wurde, nachdem eine Kostabschätzung abgeleitet worden war, der Vorlage zugestimmt. - Darnach geschlossene Sitzung: Aufsicht der Grundstücke in Vorbereitung zur Versteigerung.

**Wittenberg.** Agrarierklub und Landwirtschaft. Das hiesige Schöffengericht hat schon wiederholt durch Urteile gegen landliche „Genosse“ recht drastische Beispiele für die Wohlthätigkeit der landlichen Arbeiter erbracht hat, hatte kürzlich über einen Einbruch der Dienstmagd Frieda J. gegen einen Strafbescheid über 15 Mark zu entscheiden. Die J. hatte erklärt, kein Grundbesitz zu besitzen, in dem Grundbesitz wegen Krankheit pflichtig aufgebaue müssen. Sie legte ein ärztliches Attest vor, das besagt, daß die Angeklagte infolge ihrer Entbindung untererkrankt sei und die in der Landwirtschaft vorzunehmenden Arbeiten nicht mehr verrichten könne. Zwei dieses ärztlichen Attestes erkannte das Gericht auf die höchste zulässige Strafe von 15 Mark. Durch denartig Urteile muß auch dem hiesigen Landbesitzer schließlich seine elende Lage klar gemacht werden.

**Wittenberg.** Freiwillig in den Tod gegangen. Er hat sich als Jurist über ein ihm drohendes Strafverfahren erdängt.

**Weggen.** Mit Pferd und Wagen in die Erde. Beim Steigen aus der Erde geriet ein Mann in einen Graben, wegen des Fußverwehens Riegel aus Mühlberg ins Rollen und stürzte, die Tiere mit sich ziehend, vom steilen Ufer herab in den Strom. Das Fuhrwerk ging in Trümmer, die beiden Pferde ertranken, der Fuhrmann konnte sich retten.

**Wagitz.** Die Gemeindebevollmächtigten berieten in ihrer letzten Sitzung nochmals über die Anstellung des Gemeindebewerbers. Man überließ es schließlich dem Ortsvorsteher, daß er sich von den drei in engere Wahl gestellten Bewerber einen auswähle und ihn mit 600 Mark Jahresgehalt und freier Wohnung anstelle. Darauf wurde eine Rechnungs-, Bau- und Armenkommission gewählt. Auch unterrichteten sämtliche Gemeindebevollmächtigten die vom Ortsvorsteher ausgearbeitete an die Regierung zu richtende Bescheid wegen des Wasserwerks. Die Wäflerung mündlich den Wäfler Wäfler einen Jahre unpassierbar zu lassen; als Entschädigung will sie der Gemeinde 200 Mark jährlich zahlen. Diese Sache wurde zur nächsten Sitzung verlag.

**Wagitz.** Schneiderknecht. Bei der Firma Mörsch und Gebbert haben familiär Schneider wegen Nichtanerkennung des Tarifes die Arbeit niedergelagt. Alle übrigen Firmen, die haben den Tarif anerkannt. Genannte Firma verurteilt, die nötigen Arbeiten - es kommen hauptsächlich Lieferungsarbeiten für Wäfler- und Steuerbeamte in Betracht - außerhalb derzeiten zu lassen, worauf die Schneider anderer Städte achten sollen.

**Wagitz.** Der Dienstag morgen 8 Uhr 40 Min. von Eisenach nach Wäfler abgehende Personenzug ließ in Duffort mit einem Personenzug der Thüringischen Eisenbahn in Eisenach zusammen. Das Automobil ist vollständig zertrümmert. Der Chauffeur Wäfler und dessen Begleiter Gummich wurden getötet. Der Kopf Gummichs ist von Humpe getrennt und konnte noch nicht gefunden werden. Er ist vermutlich in die Wäfler gerollt.

**Wagitz.** Die Ehefrau als Vertreterin. Vier wurde der Arbeiter Ulrich durch seine eigene Unvorsicht beschuldigt, die 1/2 Jahre den Kleinen Schenke erkrankt zu haben. Dieser Vorwurf wurde durch Aufklärung beseitigt; man glaubte allgemein, daß er Selbstmord verübt habe. Ulrich leugnet noch die Tat; sein ebenfalls verurteilter Komplize Wäfler hat aber ein unmissendes Geständnis abgelegt.

Verantwortlich für Leitartikel, Politische Überliefer, Parteinachrichten Paul Hennig, für Ausland, Gewerkschaftliches, Neukleinen und Vermischtes Karl Bod, Lokales Wilhelm Knoenen, Preisrichter und Vernehmungsberichte Gottl. Gasparel, sämtlich in Halle.

Salem  
Aurum  
Salem Gold  
Die beste  
Muttermilch!

**Für unsere Küche ist nur das Beste gut genug!**  
sagt die erfahrene Mutter zu ihrer Tochter.  
Wir verwenden deshalb nur MAGGI-Würze.  
Dann wissen wir, was wir haben!